

Wöchentlich 75 Bl., monatlich 2,25 M. (davon 97 Bl. monatlich für Zustellung ins Haus) im Voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 90 Pf. für Zeitung- und 72 Pf. Postbesteller. Näheres Auslandsabonnement 4,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Posttarif 4,65 M.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags stumm, die Wochenbeilage für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Sonntagsbeilage „Woll und Reis“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die statutenmäßige Millimetergröße 30 Pf. Zeilenlänge 2-3 „kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 20 Pf. (ausfallig zwei festgedruckte Worte jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt 11. Zeile. Worte über 13 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Millimetergröße 25 Pf. Familienanzeigen Millimetergröße 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft: Lindenstraße 3, wochentags von 9<sup>1/2</sup> bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmigter Anzeigen vor!

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3  
Fernruf: Lönhof 1 A 7 292-297 Telegramm-Adr. Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Volksdruckerei: Berlin ST 536 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3, Dt. u. West.-Ges., Depotschein, Jerusalemstr. 65-66.

# Spiel um Groener.

## Nazi-Göring gibt Erklärungen für ihn ab. — Amtliches Dementi. Blödsinnige Ausreden der Ertappten.

Die Leute des Herrn Hitler, die bei ihren Bürgerkriegsvorbereitungen von der preußischen Polizei ertappt worden sind, haben einen großen Protest- und Beschwerderummel veranstaltet. Sie hatten gestern den Versuch unternommen, den Reichsinnenminister Groener als Schwurzeugen für ihre Legalität und gegen den preußischen Innenminister zu benutzen.

Die Abgeordneten Göring und Frank II haben um eine Unterredung bei Groener nachgesucht, und nach dieser Unterredung öffentliche Erklärungen darüber abgegeben. Darüber berichtet die Telegraphen-Union:

Abgeordneter Göring erklärte im Anschluß an diese Besprechung mit dem Reichsinnenminister einigen Pressevertretern, die nationalsozialistischen Abgeordneten hätten dabei zum Ausdruck gebracht, daß sie in dem Vorgehen der preußischen Regierung nur ein Wahlmanöver sähen, durch das allerdings eine starke Beunruhigung im Volke hervorgerufen würde. Der Minister habe darauf erklärt, er würde das Material untersuchen und hege bei weitem nicht die Befürchtungen, die von einigen Seiten an die Angelegenheit geknüpft würden. Er habe von dem Befehl der Zusammenziehung gewußt und

glaube auch, daß es Hitler durchaus ernst mit der Durchführung der Legalität sei. Zur Beunruhigung sehe er keinen Anlaß.

Weiter habe der Minister betont, daß er sich gegen ein Verbot der Partei mit aller Entschiedenheit wenden würde. Der Minister habe dann zugefügt, daß er das beschlagnahmte Material prüfen, es aber auch mit dem ihm von der NSDAP. übergebenen Material vergleichen werde, um dann dazu Stellung zu nehmen.

Abgeordneter Göring bemerkte noch, daß er den Eindruck habe, daß das Reichsinnenministerium von der preußischen Aktion überrascht und wenig erfreut sei.

und daß dieses Vorgehen im Hinblick auf die bevorstehenden Preußenwahlen nicht der NSDAP., sondern gerade der Gegenseite schaden werde.

Das Bestreben ist deutlich, durch Inanspruchnahme des Reichsinnenministers das schwerwiegende Belastungsmaterial gegen die Privatarmee des Herrn Hitler als belanglos hinzustellen. Diesem Versuch tritt die folgende offiziöse Erklärung entgegen, die durch das Wolff-Büro verbreitet wird:

„Von nationalsozialistischer Seite wird der angebliche Inhalt einer Unterredung zwischen dem Reichsinnenminister Groener und den nationalsozialistischen Abgeordneten Goering und Frank II verbreitet.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, handelt es sich um eine vertrauliche Besprechung, um die die beiden Abgeordneten nachgesucht hätten. Die Darstellung ist in wesentlichen Teilen unzutreffend.

Reichsinnenminister Groener hat sich lediglich darauf beschränkt, die Erklärungen der nationalsozialistischen Abgeordneten entgegenzunehmen. Insbesondere wird von unterrichteter Seite erklärt,

daß die Behauptung, der Reichsinnenminister sei von der Aktion Preußens überrascht und wenig erfreut, unzutreffend ist.

Reichsinnenminister Groener hat sich jeder Stellungnahme enthalten und über die schwebenden Untersuchungen des preußischen Innenministers keinerlei Urteil abgegeben. Es wird weiter auf die bereits verbreitete Erklärung des Reichsinnenministers verwiesen, wonach er die Ueberlegung des von Preußen in Aussicht gestellten Materials abwarten und nach dessen Prüfung seine weiteren Entschlüsse fassen werde.“

Der Reichsinnenminister läßt damit die beiden Abgeordneten, die unter Bruch der Vertraulichkeit Erklärungen für ihre und über seine Auffassung abgegeben haben, beschuldigen, daß sie die Öffentlichkeit angelogen haben.

### Die erste Fassung der Göring-Erklärung.

Wir stellen weiter fest, daß neben der Fassung der Erklärungen von Göring und Frank II, die durch die Telegraphen-Union verbreitet worden ist, eine erste Fassung

existiert, die von Herrn Göring ursprünglich verbreitet wurde. In dieser ersten Fassung befinden sich die folgenden Sätze:

„Der Eindruck der nationalsozialistischen Unterhändler sei der gewesen, daß auch der Reichsinnenminister bedauere, daß der Presse Mitteilungen gemacht wurden, die nicht in entsprechendem Umfange den Tatsachen gerecht wurden.“

„Gegen ein Verbot der NSDAP. würde sich der Reichsinnenminister mit aller Schärfe wenden. Ein Verbot der SA. sei in diesem Zusammenhang der Dinge nicht aufs neue erörtert worden. Da bestände noch die gleiche Auffassung, wie sie seinerzeit in der Innenministerkonferenz zum Ausdruck gebracht worden sei.“

Diese beiden wichtigen Sätze sind in der zweiten Fassung der Erklärung ausgelassen worden, wie eine Reihe weiterer Einzelheiten weggelassen worden sind!

Es erhebt sich die Frage: Wer hat Herrn Göring zwischen der Ausgabe der ersten und der zweiten Fassung geraten, seinen Text abzuschwächen? Welche Stelle ist es gewesen, die ihn vorsorglich unterrichtet hat, daß ein Dementi erfolgen werde?

Hier sind Dinge, über die volle Klarheit geschaffen werden muß!

### Görings Notlügen.

Das bisher veröffentlichte schwerwiegende Material über verbrecherisches Treiben der SA. — der braunen Armee Hitlers — zwingt die Leitung der Hitler-Partei zu Notlügen. Die III. teilt mit:

„Im Anschluß an diese Besprechung mit dem Reichsinnenminister machte der Abgeordnete Göring noch einige Ausführungen zu den der Partei zur Last gelegten Dingen. Die Ausgabe eines geheimen Stichwortes für die Besetzung des Relais sei eine rein organisatorische Maßnahme gewesen. Es sei nur natürlich, daß für den Wahltag ein geheimes Stichwort herausgegeben worden sei. Zu den Waffensünden erklärte er, daß es sich hier um vereinzelte verbotene Bewaffnungen handele. Die in Frage kommenden Führer würden zur Rechenschaft gezogen werden. Psychologisch seien diese Dinge jedoch verständlich, wenn man an die Ueberfälle und Mordtaten der Gegenseite denke. Nach wie vor gelte aber strenger Parteibefehl, keine Waffen zu führen. Zuwiderhandelnde würden mit Ausschluß aus der Partei bestraft.“

Zu der angeblichen „Fernerung“ Berlins erklärte Göring, diese Behauptung sei völlig unbewiesen. Zum Teil könne es sich hier um allgemeine Besprechungen handeln, was im Falle von gewalttätigen Aktionen der Kommunisten oder der Eisernen Front zu tun sei um die Leute der NSDAP. aus den gefährdeten Gebieten herauszuführen. Derartige Herausziehungen hätten aber nichts mit Fernierung zu tun. Auch hier sei die Regierung wiederholt darauf hingewiesen worden, daß ein solches Herausziehen vorbereitet werde.“

Zu diesen dummen Ausreden bemerken wir ganz kurz: 1. Zunächst ist die Aufstellung eines Relaisdienstes durch Deutschland und die Ausgabe eines geheimen Stichwortes wütend abgeleugnet worden. Jetzt gibt man sie zu!

In der ersten Fassung der Göring-Erklärung war über ihren Zweck gesagt, sie hätte „der Sicherstellung von Nachrichten über den Wahlausgang im Falle eines Generalstreiks dienen sollen.“

In der zweiten Fassung ist die Blödsinnigkeit dieser Notlüge den Verfassern selbst aufgefassen. Generalstreik — von wem? Generalstreik am Sonntagabend und in der Sonntagnacht? Wahlnachrichten durch Autos — trotz Telephon und trotz der eigenen Funkstellen der SA? Wem will man diese dumme Lüge erzählen?

2. Es steht fest, daß noch keiner der abgeurteilten SA.-Leute, die im Besitze von Waffen betroffen wurden, aus der NSDAP. ausgeschlossen worden ist! SA.-Leute, die geschossen haben, flüchten vielmehr nach Braunschweig und rühmen sich dort auf der Straße laut ihrer Taten. Im übrigen: steckt man Maschinengewehre und Sprengstoffe zur Selbstverteidigung in die Tasche?

3. In der ersten Fassung hieß es „was im Falle von gewalttätigen Aktionen der Kommunisten bzw. Putzender Eisernen Front...“ Die Eisernen Front ist ein Zusammenschluß, der bis zum letzten auf dem Boden der Ver-

fassung steht. Ihr Ziel ist, die Verfassung zu schützen, nichts weiter! Sie putzt nicht.

Diese faulen Ausreden sind hinreichend bekannt. So maskierten die Putzschichten von 1926 ihre Absichten, so suchte sich Herr Best vor dem Zugriff wegen Hochverrats zu schützen!

Die Qualität dieser Notlügen sollte dem Reichsinnenminister zeigen, mit welchen Leuten er eine vertrauliche Unterredung geführt hat!

### Severing wartet ab.

Der preussische Minister des Innern läßt erklären, daß er auf die Veröffentlichung Görings ein stweilen nichts erwidern werde.

Wir haben Grund zu der Annahme, daß das Innenministerium im Besitze so gravierenden Materials ist, daß es die Notlügen und Finten der ertappten Bürgerkriegsflüchtlinge mit gelassener Ruhe ansieht, bis es Zeit ist, öffentlich zu reden und die verbrecherischen Vorbereitungen der Privatarmee des Herrn Hitler weiter aufzudecken.

## Die Wahlarbeit der Polizei

### Arbeitslast, die nicht gesehen wird.

Von Albert Grzesinski.

Eine Zeit schwerster Arbeit liegt hinter der Polizei und schwere Tage stehen ihr noch bevor. Die Beamtenschaft aller Dienstgrade und Fachgruppen hat beispiellose Anstrengungen auf sich genommen, um der ordnungsliebenden Bevölkerung den notwendigen Schutz angedeihen zu lassen. Die anerkennenden Worte der Presse und zahlreiche mündliche und schriftliche Äußerungen aus dem Publikum an mich lassen erkennen, daß die Arbeit der Polizei in der Deffentlichkeit auch gewürdigt worden ist. Dennoch dürfte es nützlich sein, einmal eingehender darzulegen, wie groß die Arbeitslast ist, welche von fast allen Dienststellen der Polizei bewältigt werden mußte.

Am sichtbarsten und augenfälligsten ist die Arbeit der Schutzpolizei gewesen. In der Tat hat sie einen Hauptanteil der Aufgaben auf sich nehmen müssen. Praktisch hatte der Wahlkampf schon im Januar begonnen, und zwar nach Aufhebung des Weihnachtsfriedens, den die Reichsregierung verordnet hatte. In steigendem Maße wurden die Beamtenschaft und die Fahrzeuge der Polizei beansprucht. So waren bereits im Monat Januar nicht weniger als 14 967 Schutzpolizeibeamte auf 2077 Kraftwagen eingesetzt und im Februar waren es bereits 18 871 Schutzpolizeibeamte auf 2621 Kraftwagen. Diese Zahlen können nur gewürdigt werden, wenn man beachtet, daß nebenher die ständigen Posten und Streifen, die zum üblichen Straßenaufsichtsdienst gehören, gleichfalls eingesetzt waren.

Die Wahlvorbereitungszeit zur Reichspräsidentenwahl hat ihren eigentlichen Anfang Ende Februar im Zusammenhang mit der letzten Reichstagssitzung genommen. Der Wahlkampf erfuhr fast täglich neue Steigerungen. Schon die äußerst zahlreichen Saalveranstaltungen aller Parteien und Organisationen — in erster Linie die vielen Veranstaltungen des Sportpalastes — brachten eine ständige, fast übermenschliche Beanspruchung der Schutzpolizeibeamten mit sich. Durch die teilweise Aufhebung des Umzugs- und Versammlungsverbots für die Woche vom 6. bis 12. März traten neue schwierige Aufgaben hinzu. In dieser einen Woche fanden nicht weniger als vier große Luftgarnveranstaltungen statt, zu denen durchweg an- und abmarschiert wurde und die fast die ganze Schutzpolizei Berlins in Anspruch nahmen. Daneben fanden in der genannten Woche zahlreiche Umzüge von Angehörigen aller Parteien statt, von denen die Umzüge der radikalen Parteien (KPD. und NSDAP.) ganz besonders starke Maßnahmen zur Verhinderung von Ausschreitungen erforderten.

Ein besonderes Arbeitsgebiet der Schutzpolizei in der Wahlzeit war die Ueberwachung politischer Versammlungen und der Kampf gegen Klee- und Schmierkolonnen. So wurden vom 20. Februar bis 13. März durch Beauftragte der Schutzpolizei 370 Versammlungen durch 672 Polizeioffiziere überwacht. Der Kampf gegen die Klee- und Schmierkolonnen, deren Tätigkeit auch diesmal nicht ganz verhindert werden konnte, hatte zur Folge, daß 270 Kolonnen festgestellt und eingeleitet wurden. Ueberdies wurden nicht weniger als 169 politische Schlägereien durch das Eingreifen der Schutzpolizei beendet. Außerordentlich zahlreich waren Zwangsgestellungen und Einliefer-



rungen. So wurden in der Zeit vom 20. Februar bis 13. März eingeliefert:

687 RPD-Angehörige,  
719 NSDAP-Angehörige, und  
206 Angehörige anderer politischer  
Organisationen und Parteien

zuf. 1612 Zwangsgestellte.

Auch der Kampf gegen den Gebrauch von Schuß- und Hieb- und Stochwaffen wurde lebhaft geführt. In der Zeit vom 20. Februar bis 13. März hat die Schutzpolizei 45 Schusswaffen, 41 Hieb- und Stochwaffen, 26 gefährliche Werkzeuge sichergestellt. Im Laufe des Wahlkampfes sind 70 Zivilpersonen und ein Polizeibeamter mehr oder weniger schwer verletzt worden.

Am Wahltage selbst war erfreulicherweise ein häufiges polizeiliches Einschreiten nicht notwendig. Man könnte versucht sein, hieraus zu folgern, daß am Wahltage die Tätigkeit der Schutzpolizei nicht besonders groß gewesen ist. Diese Annahme ist irrig. Auch am Wahltage ist die Schutzpolizei bis auf den letzten Mann in Anspruch genommen worden. So erforderte der Schutz der Abstimmungsräume und der Abtransport der Wahlergebnisse äußerst starke Polizeikräfte. Daneben mußten zahlreiche Streifen zu Fuß, auf Kraftwagen und Fahrrädern zur Befriedung der Stadt und zur Bewachung der Ausfallstraßen ständig entsandt werden.

Dies war die Tätigkeit der Schutzpolizei auf der Straße und bei Veranstaltungen. Zu alledem aber kam die Tätigkeit der Polizei in den Revieren, in den Bereitschaften und auf den Kommandobienststellen hinzu. Der normale Polizeidienst kann ja auch durch Wahlkämpfe nicht unterbrochen werden, und die ungeheure Schreiarbeit, die täglich zur Erledigung von Gesuchen, Eingaben, Beschwerden — abgesehen von den zahlreichen mündlichen und fernmündlichen Auskünften — erforderlich ist, geht weiter. Auch die Sonderarbeiten mußten fortgeführt werden, so die umfangreichen Arbeiten, die in den Polizeirevieren allein durch die Anmeldung der Waffen bis zum 15. Februar entstanden, wobei nicht weniger als 112 000 Schusswaffen aller Art angemeldet wurden.

Nicht weniger schwer und aufreibend war die Tätigkeit der politischen Polizei, die in großartigem Arbeitseifer ihre vielfach undankbare und nach außen hin wenig sichtbare Tätigkeit verrichtete. Die politische Polizei hat ja die mannigfaltigsten Aufgabengebiete; sie muß vor allem an der Verfolgung politischer Straftaten arbeiten, darüber hinaus obliegt ihr die Überwachung des gesamten politischen Lebens, wobei durch das neu entstandene Notverordnungsrecht zahlreiche schwierige Sonderaufgaben geschaffen sind. Ein Spezialgebiet der politischen Polizei ist die Überwachung von politischen Versammlungen, bei denen Verstöße der verschiedensten Art zu befürchten sind. So haben in der Zeit vom 1. Februar bis 12. März 3409 öffentliche politische Versammlungen stattgefunden, davon 3308 in geschlossenen Räumen und 101 unter freiem Himmel.

Von den 3308 Versammlungen in geschlossenen Räumen sind 206 durch Beamte der politischen Polizei überwacht worden. Vier Versammlungen wurden wegen erheblicher Verstöße aufgelöst. Vorbeugend verboten wurden insgesamt 16 Versammlungen, weil nach Art der Ankündigung, nach Art der Veranstalter und vorgeesehenen Redner und sonstigen Umständen zu befürchten war, daß die gesetzliche Ordnung verletzt werden würde. An Plakaten und Flugblättern politischen Inhalts sind 1957 der Polizei zur Kenntnisnahme vorgelegt worden.

Da das Polizeipräsidium Berlin zugleich für ganz Preußen die Prüfung politischer Plakate und politischer Flugblätter durchzuführen hat, entstand obendrein eine neue, besonders schwierige Arbeit, die sämtliche in Frage kommenden Beamten bis zum letzten Wahltage in Atem hielt. Diese Arbeit erforderte Aufmerksamkeit und Takt in besonderem Maße. Verboten, beschlagnahmt und eingezogen wurden 108 Plakate und Flugblätter und 44 andere, nicht periodisch erscheinende Druckschriften. Also nur ein kleiner Bruchteil der vorgelegten Plakate usw. wurde beanstandet. Verboten wurden überdies in der Zeit vom 1. Februar bis zum 12. März sechs Zeitungen, wobei die Höchstdauer des Verbotes acht Tage war. Eingeliefert wurden 2353 Personen, von denen 495 dem Schnellrichter vorgeführt wurden. Diese Zahl der Einlieferungen übersteigt die von der Schutzpolizei gesammelte Zahl, da die Beamten der politischen Polizei selbstständig Festnahmen tätigten.

Die starke Beanspruchung der Polizeiverwaltung Berlin läßt sich auch an der Benutzung der Nachrichtenmittel erkennen. Während in normalen Zeiten bei der Vermittlung des Polizeipräsidiums im Polizeifernsprechnetz 10 000 Gespräche im Hausverkehr und 5000 nach Dienststellen außerhalb des Hauses geführt wurden, haben die Gespräche im Hausverkehr bis auf 15 000 bis 16 000 täglich zugenommen. Nach außerhalb liegenden Dienststellen wurden 6500 Verbindungen täglich hergestellt. Im Verkehr mit dem Publikum wurden in normalen Zeiten täglich etwa 2800 Gespräche geführt. Diese Zahl hat sich während des Wahlkampfes auf 4700 Gespräche täglich gesteigert.

Im Telegraphenwesen war gleichfalls eine Erhöhung der Fernschriften gegenüber gewöhnlichen Zeiten zu beobachten. Während sonst täglich etwa 950 Fernschriften gegeben wurden, erhöhte sich die Zahl während des Wahlkampfes auf etwa 1650 täglich.

Auch im Funkverkehr wirkte sich der Wahlkampf aus. Auf dem Polizeifunknetz nahm die Zahl der Funkgespräche fast täglich zu. Während im Januar auf der Hauptfunkstelle der tägliche Durchschnitt 92 Ferngespräche betrug, stieg die Zahl im Februar auf 109 und im März auf 124 Funkgespräche täglich. Am 12. März war der höchste Stand mit 167 Funkgesprächen täglich erreicht.

So erheblich die Zahlen auch sind, sie geben doch nur ein dürftiges Bild von der tatsächlichen Arbeit, die von der gesamten Beamten- und auch Angestelltenchaft geleistet wurde.

# Nun Kampf um Preußen!

## Die Tätigkeit des Landtags beendet.

Die Freitagssitzung des Preussischen Landtags war vornehmlich die letzte vor der Neuwahl.

Nach der erfolgreichen Stämpfung der Rechtsparteien und insbesondere der Nationalsozialisten durch den Ministerpräsidenten Otto Braun und den sozialdemokratischen Fraktionsredner Genossen Heilmann am Donnerstag brachte der Abschluß der großen politischen Erörterung am Freitag nichts Neues mehr. Mit diesen beiden Reden war am Donnerstag der Höhepunkt überschritten.

Nach der politischen Aussprache folgte Beratung und Abstimmung über den Antrag der Wirtschaftspartei, das Wahlalter in Preußen von 20 auf 25 Jahre heraufzusetzen. Bei der Abstimmung, die eine namentliche war, gaben aber Sozialdemokraten, Deutschnationale und Kommunisten keine Karten ab, so daß das Haus beschlußfähig wurde.

Hierauf hob Präsident Wittwoad die Sitzung mit der Erklärung auf, daß diese Sitzung wahrscheinlich die letzte

des Landtags in dieser Legislaturperiode gewesen ist. Er behalte sich jedoch nach seinem Ermessen eine nochmalige Einberufung des Landtages, falls sich eine Notwendigkeit hierzu ergeben sollte, vor der Neuwahl vor.

Damit hat also aller Wahrscheinlichkeit nach die Tätigkeit des im Frühjahr 1928 gewählten Preussischen Landtages für diese Legislaturperiode ihr Ende erreicht. Der Kampf um den neuen Landtag beginnt. Er ist nicht minder bedeutungsvoll wie die Reichspräsidentenwahl. Die Absicht der Rechtsparteien mit Einschluß der Nationalsozialisten, in Preußen die alte Bastion der Reaktion zurückzubehalten, wird zuschanden werden an dem eisernen Willen der hinter der Sozialdemokratie stehenden Volksmassen, das neue Preußen der Demokratie unter allen Umständen zu halten. Die Sozialdemokratie wird diese Schlacht schlagen, auch gegen die Kommunisten, die sich auch in dieser geschichtlichen Auseinandersetzung wieder als treue Verbündete der Reaktion erweisen!

# Reichsbanner geht aufs Land!

## Vorbereitungen für den zweiten Wahlgang.

Die Bundespressestelle des Reichsbanners meldet: Am Donnerstag und Freitag verlammete das Reichsbanner den Bundesvorstand und die Geschäftsführer der 31 Gaue in Berlin. Die Tagung nahm am Donnerstag ein Referat des Bundesführers Höllermann entgegen, das sich mit der Arbeit bei der Reichspräsidentenwahl beschäftigte und die Aufgaben für die bevorstehenden Wahlgänge darlegte. Am zweiten Tage erstellten die Vertreter der Gaue Bericht über ihre bisherige Arbeit im Wahlkampf. Aus den Darlegungen ergab sich mit überzeugender Kraft, daß Reichsbanner und Eisener Front durch rastlosen Einsatz von Menschen und Mitteln einen erheblichen Teil an dem Erfolg des ersten Wahlganges für sich in Anspruch zu nehmen berechtigt sind. Durch mehr als hunderttausend Versammlungen, Kundgebungen und

Aufmärsche unter der Parole: „Schlagt Hitler, wählt Hindenburg“ wurden Millionen von Menschen für die große Entscheidung mobilisiert. Weilergebn ergaben die Berichte der Gauvertreter Klarheit darüber, wo beim zweiten Wahlgang der Kampf mit verstärkter Energie zu führen ist. Es wird sich dabei in erster Linie um einen weit kräftigeren Vorstoß auf das flache Land handeln, das, wie die Mitteilungen aus Braunschweig, den nördlichen und östlichen Teilen des Reiches, ganz klar ergaben, im ersten Wahlgang vollkommen unter nationalsozialistischem Terror gestanden hat. Alle Ausführungen waren besetzt von dem unerhätterlichen Kampfwillen und dem unerhörten Opferwillen, der heute das Reichsbanner bis zum letzten Kameraden erfüllt.

Glücklicherweise hat die gesamte Beamtenschaft mit einer Aufopferung und Dienstreue sondergleichen die schweren Aufgaben der letzten Wochen bewältigt. Wie hervorragend der Geist der Pflichttreue und des Arbeitseifers in der Polizeibeamtenschaft ist, geht auch daraus hervor, daß die Beamten der Kriminalpolizei, die mit dem eigentlichen Wahlkampf nichts zu tun hatten, sich am Wahltage aus eigener Initiative auf Antrag des Beamtenausschusses freiwillig zur Verfügung stellten, um ihren schwer arbeitenden Kollegen in der politischen Polizei zur Hilfe zu kommen.

Die Polizei hat gewaltige Arbeit geleistet, um die verfassungsmäßige Freiheit der Staatsbürger zu schützen!

## Hitlers Wehrverbände.

### Auflösungsantrag im Hessischen Landtag.

Darmstadt, 18. März. (Eigenbericht.)

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Hessischen Landtag folgenden Dringlichkeitsantrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen: Die hessische Regierung möge alle militärisch organisierten Wehrverbände der NSDAP mit sofortiger Wirkung auflösen. Die hessische Regierung möge ein gleiches Ersuchen dringend an die Reichsregierung und an die übrigen deutschen Länderregierungen richten.

## Die Raziwaffen.

### Zahlreiche Beschlagnahmen.

Vochum, 18. März. (Eigenbericht.)

In Wanne-Eickel wurden vom Polizeipräsidium Vochum zwei SA-Feime geschlossen, weil bei ihrer Durchsichtung Schuß- und Hieb- und Stochwaffen gefunden worden waren.

In Witten wurden am Donnerstag bei einem SA-Führer zwei Revolver und ein Tesching und bei einem SS-Sturmabteiler eine Pistole gefunden. Die Waffen waren polizeilich nicht gemeldet. Ein Strafverfahren ist eingeleitet.

In der Nacht nach dem Wahltage wurden in der Nähe von Schwelm zwei Lastkraftwagen mit zum Teil uniformierten und bewaffneten SA-Leuten angehalten und durchsucht. Auch hier wurden Schuß- und Hieb- und Stochwaffen beschlagnahmt. Die Verhafteten wurden dem Schnellrichter zugeführt.

## Biersteuerentzerrung beschlossen.

### Die Rolle wird um vier Pfennig billiger werden. — Neue Lasten für die Gemeinden.

Die Reichsregierung hat jetzt die Herabsetzung der Biersteuer nach den Vorschlägen des Reichsrats beschlossen. Die steuerliche Entlastung soll ab 20. März in Kraft treten; am gleichen Tage dürften auch die Ausschankpreise eine entsprechende Ermäßigung erfahren.

Die Reichsbiersteuer wird allgemein um drei Mark gesenkt, also je Hektoliter in Zukunft 3,15 bis 9 M. (je nach Höhe des Ausschankes der einzelnen Brauereien) betragen. Das bedeutet für die großen Brauereien eine Herabsetzung der Steuer um 25 Proz., für die kleinen Brauereien um 25 bis 33 Proz. Die Gemeinde-Biersteuer wird in der Regel um 40 Proz. herabgesetzt.

In Berlin und in den meisten Städten Norddeutschlands wird also die Gemeinde-Biersteuer eine Ermäßigung um 4 M. je

Hektoliter, von 10 auf 6 M., erfahren. Neu ist die Bestimmung, daß eine Senkung der Gemeinde-Biersteuer dann nicht eintritt, wenn sie weniger als 4 M. je Hektoliter beträgt. Das gilt besonders für die süddeutschen Städte, die eine Verminderung des Ausschankes aus der bisher schon niedrigen Gemeinde-Biersteuer für absolut untragbar erklärten.

Die gesamte steuerliche Entlastung beträgt demnach in Berlin 7 M. je Hektoliter. Dazu kommt die Ermäßigung des Bierpreises seitens der Brauereien, die nach der Verfügung des Preiskommissars nur 2 M. beträgt, und eine Kürzung des Ausschankes der Gastwirte um etwa den gleichen Betrag. Das ergibt zusammen etwa 11 M. je Hektoliter. Die Rolle (1/2-Höcker) ist so gerade um vier Pfennig billiger geworden. Die Herabsetzung des Ausschankes zu einer Anregung des Bierkonsums führen wird, muß abgewarheit werden. Wir halten sie — leider! — für unwahrscheinlich, wenn nicht eine wesentliche Besserung der allgemeinen Wirtschaftslage und eine fühlbare Abnahme der Arbeitslosigkeit eintritt.

Der Ausfall von Steuern ist hoch. In welcher Weise dafür Ersatz geschaffen werden soll, ist noch unbekannt. Das Reich wird eine Wiedereinnahme von mindestens 100 Mill. Mark jährlich zu verzeichnen haben. Außerdem zahlt das Reich an die Gemeinden einen Betrag von 28 Mill. Mark, der aber nicht entfernt ausreicht, die Kurzfälle an Gemeinde-Biersteuer auszugleichen.

Zu allen Lasten aus der Erwerbslosenfürsorge müssen also die Gemeinden neue Lasten aus der Biersteuerentzerrung übernehmen. Obwohl feststeht, daß zahlreiche Gemeinden am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind, kann endlich die Reichsbürokratie daran gehen, die unhaltbaren Zustände des heutigen „Finanzausgleichs“ zu beseitigen und den Gemeinden die längst fällige finanzielle Entlastung zuteil werden lassen?

## Japan für Kriegsförderung?

### Gerüchte über Militärstützpunkt in Tokio.

Schanghai, 18. März.

Die Friedensverhandlungen haben eine Verzögerung erfahren. Die innere Lage Japans steht hier zur Zeit im Mittelpunkt des Interesses, da die Gerüchte, dort stehe ein Staatsstreik der Militärpartei unmittelbar bevor, nicht verstimmen wollen. Gut unterrichtete Persönlichkeiten, die der chinesischen Sache zugetan sind, sprechen ihr Bedauern darüber aus, daß die durch Tokio erfolgte Ablehnung der Bedingungen, zu deren Annahme die japanischen Vertreter in Schanghai geneigt waren, die Hoffnungen auf eine friedliche Lösung schwinden lassen. Andererseits treffen weiter große Mengen Munition, Lebensmittel und Kriegsmaterial hier ein.

Meldungen aus Hankow besagen, daß Tschiangkai-sche den Vorsitz des Kriegsrats und zugleich das Amt des Generalstabschefs übernommen habe.

Großbritannien erklärt, daß es die „unabhängige“ Mandchurie nicht anerkennen werde. Den gleichen Standpunkt nehmen die Vereinigten Staaten ein.

## Faschistenkomplott in Australien.

### Attentatsplan auf den Arbeiterministerpräsidenten Lang.

London, 18. März. (Eigenbericht.)

Der Generalgouverneur von Neu-Südwesten teilt mit, daß aus den Premierminister von Neu-Südwesten, Lang, bei der feierlichen Eröffnung einer neuen Brücke über den Hafen von Sidney ein Komplott beabsichtigt war. Mehrere Personen hätten im Begriff gestanden, den Ministerpräsidenten von der Brücke aus ins Wasser zu stürzen. Der Labour-Premier von Neu-Südwesten wird in Australien wegen seiner Finanzpolitik, insbesondere seit der Bildung der reaktionären australischen Bundesregierung, stark angefeindet.



# Der Vielgeknipfte.

Adolf in allen Lebenslagen.

In der Berliner nationalsozialistischen Tageszeitung „Der Angriff“ (Herausgeber Dr. Goebbels), Nummer 57 vom 18. März, steht auf der zweiten Seite der zweiten Beilage folgende Anzeige:

# HITLER

## wie ihn keiner kennt

100 Bilddokumente aus dem Leben des Führers

Ungezählten Millionen Anhängern Hitlers bringt dieser Band Erfüllung ihrer Sehnsucht: Einblick zu bekommen in das persönliche Leben des Führers. Näheres zu erfahren über seine weltreichenden Interessen und Neigungen.

Die in dem Werke gezeigten Abbildungen sind größtenteils unbekannt. Der Photograph Heinrich Hoffmann, der seit zehn Jahren in der engsten Umgebung Hitlers weilte, hat sie aus vielen Tausenden von Aufnahmen ausgewählt und so ein einzigartiges Bildwerk geschaffen, das Anspruch auf dokumentarische Wahrheit erheben darf. Geleitet von und unterschrieben von Baldur von Schirach.

Hört, Millionen, eure Sehnsucht ist erfüllt! Ihr seht den großen Adolf des Morgens im Pyjama und des Abends im Frack, ihr seht ihn, wie er sich die Mägel löst, ihr seht ihn, wie er sich den Schweiß pomadisiert, ihr seht ihn, wie er isst, wie er trinkt, wie er redet, wie er schreibt! Seit zehn Jahren, das heißt seit seinem 33. Lebensjahre, hat der große Adolf den größten Teil seines Lebens damit zugebracht, sich photographieren zu lassen, und so sind an weniger als vierhundert Tagen „viele tausend Aufnahmen“ entstanden, also offenbar an jedem Tag mehrere.

So hat Adolf in aller Stille für sein Volk gearbeitet und dessen Sehnsucht erfüllt. Seit eilen kann es sich zwar noch lange nicht, es kann sich aber jetzt an Adolf Hitler satt sehen! Hell!

## Schutz für Kleinpächter.

### Sozialdemokratische Anträge im Reichstagsausschuß.

Im Stedlungsaußschuß des Reichstags brachten am Freitag Vertreter der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Anträge zur Besprechung, die sich auf eine sofortige Senkung aller Landpachten, auf erhöhte Kündigungsgelder für Kleinpächter und auf verstärkte Kontrolle von Landarbeitern bezogen. Zwar wurde, da die Kommunisten ihre Vertreter nicht vollständig zur Stelle hatten, ein sozialdemokratischer Antrag auf sofortige Ermäßigung aller Pachten für Kleinpächter um 30 Proz. mit Stimmgleichheit abgelehnt. Immerhin gelang es in einer zweiten Abstimmung mit Hilfe eines Vertreters der deutschen Bauernschaft, einen Antrag durchzubringen, der eine Senkung um 25 Proz. fordert.

Um zu verhindern, daß durch die Senkung der Pachten neue starke Kündigungen von Pächtern erfolgen, wurde ein weiterer sozialdemokratischer Antrag eingebracht, nach dem Pachtkündigungen nur dann erfolgen dürfen, wenn nachweisbar schlechte Bewirtschaftung oder wiederholtes böswilliges Verschulden des Pächters vorliegt. Dieser Antrag konnte mit den Stimmen der Linken angenommen werden.

Im weiteren Verlauf der Debatte, an der sich die Abgeordneten (Soz.), Tempel (Soz.) und Biester (Soz.) beteiligten, wurde unter Zustimmung fast aller Parteien darauf hingewiesen, daß die Besiedlung der Güter im Osten unter keinen Umständen dazu führen dürfe, die ansässigen Landarbeiter drohen zu machen. Vielmehr sei es notwendig, gerade die Landarbeiter, die die örtlichen Verhältnisse am genauesten kennen, bevorzugt anzusiedeln. Die Regierung ließ mitteilen, daß die auf Drängen des Ausschusses erlassenen neuen Richtlinien für die Disziplinierung diesem Gesichtspunkt der Sozialdemokratie bereits in vollem Maße Rechnung trügen.

Die Beschlüsse, die in ihren wesentlichen Teilen die Zustimmung des ganzen Ausschusses fanden, bedeuten für die Reichsregierung eine starke Bindung, der sie sich nicht entziehen kann. Die Verhältnisse sowohl der Kleinpächter als auch der Landarbeiter im Osten beginnen eine Gefahr für den Staat zu werden, wenn diesen Landproletariats nicht umfassend und sofort Hilfe gewährt wird. Es geht nicht an, daß die Sicherungsmaßnahmen des Staates, die aus der allgemeinen wirtschaftlichen Lage heraus verordnet werden mußten, nur den größeren und relativ gesicherten Existenzen zugute kommen, während man die kleinen Schutzlos den Stürmen der Wirtschaftskrise aussetzt. Die Sozialdemokratie hofft nach vor dem Ostertermin auf eine Entscheidung des Reichskabinetts. Die Verhältnisse werden sonst katastrophal werden.

Der Rügendamm wird gebaut. Der Pommerische Provinziallandtag nahm am Freitag die Vorlage über den Bau des Rügendammes an. Danach übernimmt die Provinz, die Stadt Stralsund und der Kreis Rügen im Verhältnis von 3:1:1 die Ausführung des Strahndammes. Außerdem werden in die Haushalte von 1932 bis 1934 je 500 000 Mark für den Strahndamm von Stralsund nach Rügen eingesetzt.

In Rosenheim in Bayern hat der ehemalige Bürgermeister Dr. Kreutler als Vorstand des Heimat- und Königsbundes einen Wahlaufruf für Hindenburg erlassen. Dieser Dr. Kreutler ist aber zugleich auch Vorstand der demissionarischen Volkspartei. Befehl ist Befehl, also erließ er noch einen Wahlaufruf, und zwar für Duesterberg. Wen mag der Mann selber wohl gewählt haben?

# Streng legal.



Dieses Bild der Nazi-Legalität wurde aus der preussischen Polizeiaktion gewonnen!

# Das war im Lande Fricks.

## Offene Parteinarbeit der Polizei für Nazis.

Weimar, 18. März. (Eigenbericht.)

Der Untersuchungsausschuß des Thüringischen Landtags zur Überprüfung gewisser Vorkommnisse in der thüringischen Landespolizei tagte am Freitag in Gotha, um zu den Vorgängen Stellung zu nehmen, die sich in der Nacht vom 23. zum 24. November 1931 in Gotha abgespielt haben.

In der fraglichen Nacht, nach 23 Uhr, wurden etwa 150 demonstrierende Nationalsozialisten von einem Ueberfallkommando festgenommen und zur Polizeikaserne gebracht. Man glaubte erst, daß man es mit Kommunisten zu tun habe. Auf dem Wege zur Kaserne stellte sich jedoch heraus, daß es Nationalsozialisten waren. Der Führer des Ueberfallkommandos hielt es deshalb nicht für notwendig, die Stelle, an der die Nationalsozialisten festgenommen wurden, nach Waffen abzusuchen zu lassen. Am anderen Tage fanden Zivilpersonen an der betreffenden Stelle verschiedene Waffen, die der Polizei übergeben wurden. Von dem SA-Führer Zimmermann, der bei der Festnahme der Nazis absetzte stand und nicht mit festgenommen wurde, der bei dieser Gelegenheit aber etwas mit dem Gummiknüppel abbekam, weil er den Anordnungen der Polizei nicht Folge leistete, wurden sofort die Führer der Nationalsozialisten telephonisch herbeigerufen. Es erschienen der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Hennicke und der Nazi-Reichstagsabgeordnete Triebel-Gotha, die bereitwillig von dem Polizeidirektor Herfurth und dem Polizeimajor von Brandt auf dessen Dienstzimmer empfangen wurden und sich über eine halbe Stunde mit diesen Herren unterhalten durften, bis die Freilassung der Festgenommenen angeordnet wurde. Diesen Befehl überbrachte der Nazi-Abgeordnete Hennicke, der in der Kaserne mit Hitler-Heil empfangen wurde und eine kleine Ansprache halten durfte, wobei er ausführte, daß nur ein Versehen vorliege. Die Verhafteten seien für Kommunisten gehalten worden. Dem SA-Führer Zimmermann wurde sogar gestattet, sich den Polizeibeamten anzusehen, der ihn mit dem Gummiknüppel geschlagen haben soll. Allerdings fand er ihn nicht.

Während der Zeugenvernehmungen wurden die sozialdemokratischen Mitglieder des Untersuchungsausschusses von den anwesenden Führern der Nationalsozialisten in der gemeinsten Weise beschimpft und bedroht, so daß der Vorsitzende wiederholt eingreifen mußte. Auf die Frage eines kommunistischen Ausschussmitglieds an den Gothaer Polizeimajor, ob er so gehandelt haben würde, wenn es sich um Kommunisten gehandelt hätte und die Führer der Kommunisten ebenfalls bereitwillig in sein Dienstzimmer genommen hätte, um mit ihnen zu verhandeln, antwortete dieser Herr: „Ich würde das von Fall zu Fall entscheiden. In die Kaserne würde ich sie auf keinen Fall lassen, auch würde ich nicht so lange mit ihnen verhandeln. Am liebsten sähe ich sie überhaupt nicht.“ Auch auf die Frage eines sozialdemokratischen Ausschussmitglieds, wie er sich verhalten würde, wenn es sich um Mitglieder einer anderen, z. B. einer republikanischen Partei gehandelt hätte, antwortete der Polizeimajor ausweichend und erklärte, daß er auch hier von Fall zu Fall entscheiden würde.

Als die Sozialdemokraten den Sitzungssaal verließen, wurden sie auf dem Korridor von den Nationalsozialisten wieder beschimpft und bedroht, ohne daß die Polizei eingriff. Der Abgeordnete Hennicke drohte, seine SA-herbeizuholen, damit die Nazis eine Abreibung bekommen sollten. „Ihr seid in Gotha!“, rief er den Sozialdemokraten zu. Der Reichstagsabgeordnete Triebel erklärte den Sozialdemokraten gegenüber wiederholt, daß es eine furchtbare Abrechnung geben werde, wenn die Nationalsozialisten aus Ruher kommen würden. Die Polizeibeamten mischten sich hier ein und behaupteten, die Sozialdemokraten hätten ihren Führer beleidigt. Der Polizeimajor von Brandt bezeichnete den sozialdemokratischen Abgeordneten Gröndler als einen jungen Mann — Gröndler ist 35 Jahre alt — und drohte ihm mit der Faust, als ob er ihn schlagen wolle. Obendrein drohte er mit Verhaftungen, obwohl hierzu nicht der geringste Grund vorlag. Bürgerliche Abgeordnete waren über diese ungeheuerlichen Vorkommnisse empört.

## Kein Treueid — kein Geld.

### Konflikt zwischen England und Irland.

London, 18. März. (Eigenbericht.)

Die erste Reaktion der englischen Regierung auf die von de Valera im irischen Parlament gemachte und später in einem Interwiew verstärkte Erklärung seiner Politik — u. a. die aufgekündigte Verweigerung des Treueides an die britische Krone —, die die Verweigerung der Zahlung der sogenannten Landannuitäten in sich schließt, war am Freitag bei einer Rede Neville Chamberlains in Birmingham zu spüren. Der Schatzkanzler der Regierung sagte in recht scharfen Worten, daß England sich auf einen einseitigen Bruch der vertraglichen Abmachungen durch Irland nicht einlassen werde. Ein solches Vorgehen müßte alle alten Bitternisse zwischen England und Irland wieder aufkochen.

## Der Lehrerabbau.

### Minister Grimme im Rundfunk über die Herabsetzung der Altersgrenze.

Kultusminister Dr. Grimme sprach heute auf der Deutschen Welle über die Herabsetzung der Altersgrenze für die Lehrer. Einleitend wies Minister Grimme darauf hin, daß mit der Beendigung des Schuljahres 2300 Lehrkräfte die Volksschule verlassen, da sie das 62. bis 65. Lebensjahr vollendet hätten. Dazu kämen noch rund 400 Lehrkräfte, die sich entschlossen hätten, auf Grund der Bestimmungen der Rotterdamer Ordnung vom 4. November o. J. freiwillig in den Ruhestand zu treten. Aus den Beauftragten der höheren Schulen schieden im ganzen 400 Beauftragte aus, unter ihnen 93 Direktoren und 55 Oberstudienräte. Leider sei es nun nicht so, daß 3000 Junglehrer oder -lehrerinnen nunmehr in die freigewordenen Stellen einrücken könnten, da die Lage der Staatsfinanzen eine Einschränkung der Lehrerstellen nötig mache. Dabei dürfe nicht vergessen werden, daß es sich bei den sogenannten Junglehrern und Jungphilosophen, deren Beibehaltung im Schuldienst das Ziel der Herabsetzung der Altersgrenze gewesen sei, im Durchschnitt um die Generation handele, die heute zwischen 30 und 40 Jahren stehe, die also ihre Ausbildungszeit schon vor längerer Zeit beendet und viele Jahre bereits Dienst getan hätte.

Minister Grimme kam dann auf die Stilllegung von neun pädagogischen Akademien und den damit verbun-

denen Abbau von Direktoren, Professoren und Dozenten zu sprechen, die — wie er erklärte — früher auf Grund besonderer Leistungsfähigkeit berufen worden seien, da es keine sogenannte „Aufbahn“ gegeben habe. Zum Schluß versicherte Dr. Grimme, daß alles versucht werden solle, im Rahmen der etatsmäßig zur Verfügung stehenden Mittel den von der vorzeitigen Zuruhelegung betroffenen Lehrkräften nach Möglichkeit durch Unterstützungen zu helfen und daß in besonderen traurigen Fällen auch für die Kinder der zur Ruhe gegangenen Beamten hinsichtlich der Ausbildung gesorgt werden würde.

Mit einem Dank für die von den nunmehr ausscheidenden Lehrkräften geleistete Arbeit und mit der Bitte, sich durch das Los nicht verbittern zu lassen, zumal auch andere Berufsgruppen von der Not schon viel früher und härter betroffen worden seien, schloß der Minister seine Rundfunkansprache.

## Bührer, der Nazizuwachs.

### Er wollte sich wegen finanzieller Miswirtschaft entlasten.

Dresden, 18. März. (Eigenbericht.)

Der von der Sozialdemokratie zu den Nazis hinübergewechselte 2. Bürgermeister von Dresden Dr. Bührer veröffentlicht in dem Dresdener Raziorgan eine Darstellung, aus der hervorgeht, daß die Sozialdemokratie an allerlei Mißständen in der Dresdener Kommunalverwaltung „schuld“ sei. Das Schreiben verfolgt den Zweck selbst die schwerste finanzielle Miswirtschaft hat zu schulden kommen lassen.

Wie die „Dresdener Volkszeitung“ mitteilt, hat Bührer Deutsche Anleihe-Ablösungsschuld ohne Auslösungsberechtigung, also ein Papier, das keine Zinsen bringt und bei dem auch die Rückzahlung in keiner Weise gewährleistet ist, im Nennwert von 62½ Millionen bei einem Kurs von 125 Prozent für rund 9½ Millionen Mark gekauft und zwar ohne Wissen des Oberbürgermeisters und der städtischen Räteverbände und auch ohne der sozialdemokratischen Rats- und Stadtverordnetenfraktion ein Wort gesagt zu haben. Heute steht der Kurs dieser Papiere auf 2%, so daß also, abgesehen vom Zinsverlust, die Stadt Dresden durch Bührer 7 Millionen Mark verloren hat. Die Angelegenheit wird von einem Untersuchungsausschuß der Stadtverordneten nachgeprüft werden, dessen Einsetzung bereits von den Mittelparteien gefordert ist. Bührer hat die Stirn zu behaupten, daß es sich bei den gestauten Papieren um mündelsichere Papiere handelt; aber nach den in Frage kommenden Bestimmungen des BGB. müssen mündelsichere Papiere verzinslich sein.



# Der Staat muß Ordnung schaffen.

Der Kapitalismus kann die Dinge nicht meistern.

Einige hundert Meter unter der Erde, fern von Sonne und Licht, Kohle zu hauen, ist kein angenehmer Beruf. Bergleute sind, wie alle Volkswirtschaft in Schlessen sagt, arme Burschen. Und hunderttausende von diesen armen Burschen liegen auf der Straße, mühen sich zu arbeiten und können nicht arbeiten. Es ist Kohlenkrise. Während des Krieges und in der schlimmen Zeit der Inflation und der Ruhrbesetzung, wo alles zu wanken drohte in unserer Wirtschaft, hat man an das nationale Gefühl des Bergarbeiters appelliert. Er hat sich diesem Appell seines Landes nicht entzogen. Er hat gearbeitet, die Produktion gesteigert. Jetzt stellen sich aber die nationalsozialistischen Führer der Grubenbarone hin und behaupten, der Marxismus dieser Bergarbeiter habe den Ruhrbergbau zerstört, habe die Krise in die Kohlenreviere getragen. Wie sieht nun der Marxismus dieser Bergleute aus? Sie haben, als sich die Erträge der Wirtschaft steigerten, darum gekämpft, daß sie einigermaßen menschenwürdig bezahlt und menschenwürdig behandelt werden. Nichts mehr und nichts weniger. Das ist der Marxismus der Bergarbeiter! Wenn man diesen Leuten den Vorwurf macht, sie hätten die Krisen im Ruhrbergbau verschuldet, hat der Bergmann, dessen Lohn man halbiert hat, oder sein Generaldirektor, die man immer noch nach hunderttausenden bezahlt und die in den letzten Jahren eine Mischwirtschaft betrieben haben, die automatisch zur Krise führen mußte?

Gelegenheit zu dieser Auseinandersetzung gab die Jahresversammlung des Kohlenrats, die am Freitag in Berlin stattfand. Den Jahresbericht gab Bergbaupräsident Bannhold. „Der Kohlenverbrauch hat“, wie Bannhold ausführte, „im Jahre 1931 einen Tiefstand erreicht, wie er, abgesehen von dem Jahr des Ruhrbruchs 1922, seit etwa 30 Jahren in Deutschland nicht mehr beobachtet wurde. Mit einem monatlichen Durchschnitt von rund 10,1 Millionen Tonnen, alle Brennstoffe auf Steinkohle umgerechnet, bleibt er um rund 10,2 Proz. unter dem Monatsdurchschnitt des Vorjahres und gar um 23 Proz. unter dem des Jahres 1928, das man als Normaljahr ansprechen kann. Die Gesamtkohlenförderung Deutschlands, ohne Saargebiet, mußte im Berichtsjahr 1931 auf knapp 148,5 Millionen Tonnen gegenüber reichlich 175 Millionen Tonnen im Vorjahr gedrosselt werden. Die Gesamtproduktion des Berichtsjahrs ist damit ungefähr auf den Stand im Jahre 1906 gesunken.“

Im Ruhrbergbau allein gingen der Arbeiterschaft durch Fehlerschichten 9,3 Millionen Schichten verloren. Die Bergarbeiterschaft hat sich mit anerkanntem Verständnis in die Unver-

meidlichkeiten des wirtschaftlichen Ergehens hineingefunden. Wenn aus solcher Stimmung heraus gegenwärtig wieder einmal der Ruf nach Verstaatlichung des gesamten deutschen Kohlenbergbaues laut wird, ist das eine Bewegung, die sich aus den obwaltenden Umständen erklärt.“

Im Anschluß an den Bericht Bannholds kam es zu einer lebhaften Auseinandersetzung zwischen den Vertretern der Unternehmer und der Bergarbeiter. Die Bergarbeiter bestritten, daß die schlechte Beschäftigungslage im Steinkohlenbergbau nur auf Unvermeidlichkeiten beruhe. Sie wiesen darauf hin, daß die kapitalistische Ueberexpansion nicht nur die Rationalisierungserfolge in Frage stelle, sondern auch die künftige Wiederanlegung der arbeitslosen Bergarbeiter schwer gefährdet habe.

Ohne eine Verkürzung der Arbeitszeit gebe es keine Hoffnung für die Bergarbeiter, auf denen die ganze Last der Kohlenkrise liegt. Wenn die gegenwärtigen Verhältnisse im Bergbau der Durchführung dieser volkswirtschaftlich begründeten Forderung entgegenstehen — so betonte der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes Hagemann —, dann müßten sie eben geändert werden.

Mit den freien Gewerkschaften traten auch die christlichen Bergarbeitervertreter für die Verstaatlichung des Bergbaues ein. Die Sprecher der Unternehmer, darunter auch Dr. Silberberg, versuchten, die Kohlenkrise der staatlichen Beeinflussung des Bergbaues zuzuschreiben. Die Unternehmer müßten jedenfalls Vorwürfe unangemessener Wirtschaftsführung zurückweisen. Sie hätten bei ihrer Anlagepolitik an eine fortwährende Aufwärtsentwicklung gedacht. Demgegenüber vermisste Dr. Berger vom Bergarbeiterverband Bochum auf die Strukturwandlungen in der Weltenergieversorgung. Warthmöller von den freien Gewerkschaften ging näher auf die betriebswirtschaftliche Lage der Zechen ein. Die Arbeitskosten hätten sich um 37 Prozent innerhalb der letzten beiden Jahre verringert. Damit sei eine fühlbare Erleichterung für die Unternehmer eingetreten. Man könne nur mit Schärfe den Einwand zurückweisen, daß die sozialpolitischen Verpflichtungen des Bergbaues die Krise mit verursacht haben. Die kapitalistische Bewirtschaftung des Bergbaues könne die Probleme der Gegenwart nicht mehr meistern. Darum müsse der Staat Ordnung schaffen und den Bergbau verstaatlichen.

Die Vollversammlung genehmigte darauf den gefürzten Etat des Kohlenrates und erklärte sich mit der Verabschiedung des mitteldeutschen und des saarischen Syndikatsvertrages durch den Großen Ausschuss einverstanden. Als Vorsitzender des Kohlenrates wurde für die kommenden drei Jahre der jetzige Vorsitzende, Generaldirektor von Belsen, gegen die Arbeitnehmer, die Imbusch von den christlichen Gewerkschaften vorklügen, wiedergewählt.

## Reichsanstalt und Jugend.

Praktische und gute Arbeit für die jugendlichen Arbeitslosen.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung veröffentlicht über ihre im Herbst 1931 eingeleiteten Maßnahmen zur Betreuung der arbeitslosen Jugend einen interessanten Bericht. In allen Teilen des Reichs haben die Arbeitsämter gemeinsam mit anderen behördlichen Stellen und Organisationen Lehrgänge eingerichtet, in denen die jugendlichen Arbeitslosen Gelegenheit haben, ihre beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten während der Zeit unfreiwilliger Arbeitslosigkeit auf der Höhe zu halten und zu erweitern. Vom 1. Oktober 1931 bis Mitte Februar 1932 sind etwa 230 000 Jugendliche bis zum 23. Lebensjahr erfaßt worden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich diese große Schar arbeits- und lernwilliger Jugendlicher fast ganz aus freiwilligen Teilnehmern zusammensetzt. Der Arbeitseifer und die Disziplin der jungen Arbeitslosen stehen — von geringen Ausnahmen abgesehen — nirgends zu wünschen übrig, zum Teil waren sie besser als im Winter 1930/1931.

Die günstigen Erfolge sind in erster Linie dem Umstand zuzuschreiben, daß nach Möglichkeit überall

### Lehrgänge mit praktischen Arbeitsgelegenheiten

in Werkstätten, leerstehenden Fabrikräumen, Werkstätten und Uebungskontoren geschaffen wurden. Diese Bemühungen fanden vielfach auch Unterstützung durch Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die öffentlichen Berufs- und Fachschulen und kirchliche und soziale Vereine. Während noch vor einem Jahr die werktätigmachende Beschäftigung der Arbeitslosen erst in wenigen Städten vorbildlich entwickelt war, bestehen heute bereits an zahlreichen Orten solche praktischen Arbeits- und Schulungsmöglichkeiten.

### Der ZDA ist aktiv!

Widerstand gegen Krise und politische Querulanten.

Die Berliner Ortsgruppe des Zentralverbandes der Angestellten war in der Generalversammlung am Donnerstag in der erfreulichen Lage, den Delegierten einen Geschäftsbericht vorlegen zu können, aus dem hervorgeht, daß diese größte Angestelltenorganisation in Berlin das fürchterliche Krisenjahr 1931 gut überstanden hat.

Trotz der Zunahme der Arbeitslosigkeit auch unter den Angestellten, trotz verstärkter Hege gegen die freien Gewerkschaften ist der Mitgliederbestand, gemessen an der Gesamtmitgliederszahl, fast stabil geblieben. Die Berliner Ortsgruppe des ZDA zählte am Schluß des vergangenen Jahres 37 029 Mitglieder gegenüber 37 047 Mitgliedern Ende 1930, hat also im Laufe des Berichtsjahrs nur 918 oder 2,4 Proz. Mitglieder verloren. Der Verlust entfällt fast ausnahmslos nur auf solche arbeitslos gewordenen Verbandsmitglieder, die erste kurze Zeit der Organisation angehört und demzufolge mit ihr noch nicht genügend verwarden waren. An sich sind in keinem Quartal des Berichtsjahrs mehr Mitglieder ausgeschieden als in den Quartalen der Konjunkturfahre; es sind lediglich nicht soviel Aufnahmen gemacht worden, wie in den früheren Jahren, so daß der übliche Mitgliederabgang nicht völlig durch Neuaufnahmen ausgeglichen werden konnte.

Genosse Gottfrucht teilte in seinem Geschäftsbericht weiter mit, daß die Anteilnahme der Verbandsmitglieder an bildenden

Entsprechend der beruflichen Zusammensetzung der Arbeitslosen stehen zahlenmäßig zwar die Jugendlichen aus dem Metallgewerbe, dem Baugewerbe, der Holzindustrie, der Textilindustrie und dem Handelsgewerbe an der Spitze, doch sind daneben in diesem Winter auch ungelernete Jugendliche und weibliche Arbeitslose aus der Hauswirtschaft in starkem Maße erfaßt worden. Die Dauer der Lehrgänge beträgt im Durchschnitt acht bis zehn Wochen; dabei wird versucht, durch eine möglichst hohe Wochenstundenzahl

### eine weitgehende Inanspruchnahme der beschäftigungslosen Zeit

zu erzielen. Die Arbeitsämter lassen nicht nur unterstützte Jugendliche zu den Lehrgängen zu. Jugendliche Arbeitslose unter 21 Jahren, die nur deshalb keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, weil ihr Lebensunterhalt durch einen familienrechtlichen Unterhaltsanspruch gewährleistet ist, sind ohne weiteres zur Teilnahme zugelassen; außerdem sind in den Lehrgängen bis zu 40 Proz. sonstige nicht unterstützte Jugendliche gelehrt worden, deren Teilnahme durch Sondermittel des Reichsarbeitsministeriums ermöglicht wird. Bei den geschicktesten Maßnahmen handelt es sich nur um berufliche Bildungsveranstaltungen, nicht um den freiwilligen Arbeitsdienst oder um kulturelle und allgemeinbildende Veranstaltungen der öffentlichen Jugendpflege.

Für die nächste Zukunft schweben Erwägungen, arbeitslosen Lehrlingen, die infolge Stillesitzens des Lehrbetriebes ihre Ausbildung nicht vollenden können, Möglichkeiten zur weiteren Ausbildung zu geben. Eine ausgezeichnete Idee, die von großem Nutzen sein wird, wenn sie zur Durchführung kommt.

Veranstaltungen der Organisation im vorigen Jahr viel reger war als sonst. Ein auffallend starkes Interesse brachten die Mitglieder, insbesondere jüngere, arbeitsrechtlichen Fragen entgegen; alle arbeitsrechtlichen Kurse wiesen einen überaus starken Besuch auf. Ueberhaupt konnte in der letzten Zeit eine vorbildliche Aktivität der ZDA-Mitglieder sowohl in gewerkschaftlicher als in politischer Beziehung festgestellt werden. Diese Aktivierung berechtigt zu der Erwartung, daß den Forderungen zur Umformung des jetzigen Wirtschaftssystems, die von den Spitzenkörperschaften der freien Gewerkschaften und der Partei jetzt erhoben werden, auch durch die Angestellten der gehörige Nachdruck verliehen werden wird.

Mit aller Schärfe wandte sich Genosse Gottfrucht gegen die in letzter Zeit gemachten Versuche der SA, in den Gewerkschaften nach kommunistischem Muster Zellen und Fraktionen zu bilden. Der ZDA wird diesen Ansätzen genau so rückhaltlos entgegengetreten, wie den einige Jahre zurückliegenden gleichartigen Versuchen der KPD.

Bei dem bevorstehenden Wahlkampf in Preußen wird auch der ZDA, alles zur Erhaltung der Preußenregierung tun. Der allgemeine Ueberblick des Berichterstatters über die innere Organisationsarbeit überzeugte jeden Delegierten, daß von der Ortsgruppenleitung im vorigen Jahr nichts unberücksichtigt gelassen wurde, um die Errungenschaften früherer Jahre zu sichern.

An der Diskussion wurde die Arbeit der Ortsgruppenleitung vollaus anerkannt. Die Wiederwahl des zweiten Beauftragten, Genossen Finte, erfolgte einstimmig, ebenso auch die Wahl der Mitglieder der übrigen Körperschaften.

## Selbe Wertvereine nicht tariffähig.

Entscheidung des Berliner Arbeitsgerichts.

Vor dem Arbeitsgericht Berlin wollte ein Vertreter des „Fachverbandes deutscher Reimer“, ein dem Wertvereinsbund angehörender Verein mit 450 Mitgliedern, für ein Mitglied seines Vereines auftreten, holte sich aber eine gründliche Abfuhr.

Das Gericht faßte einen Beschluß, nach welchem die Wertvereine nicht als tariffähige Organisationen angesehen werden können und demzufolge auch nicht das Recht haben, ihre Mitglieder vor dem Arbeitsgericht zu vertreten. Dieser Beschluß ist deshalb bemerkenswert, weil sich das Reichsarbeitsgericht bisher in mehreren Entscheidungen auf den Standpunkt gestellt hat, daß auch Wertvereine unter gewissen Umständen als tariffähig angesehen werden können, ein Standpunkt, der von den Gewerkschaften verworfen wird.

Der Beschluß wurde damit begründet, daß der „Fachverband der Reimer“ wegen seiner geringen Mitgliederzahl zur Führung selbständiger Arbeitskämpfe zur Erreichung sozialpolitischer Forderungen nicht in der Lage ist, ihm vor allem die dazu erforderliche Stützpunkt und Unabhängigkeit fehlt. Grundlegend sei auch eine Organisation, die nach ihren Satzungen den Streik als arbeiter- und volkschädigend, ja, sogar als fortgesetzten wirtschaftlichen Bürgerkrieg bezeichnet, nicht der geeignete wirtschaftliche Gegenpieler gegen die Macht der Arbeitgeberverbände. Es fehlt diesen „vaterländischen“ Arbeitern der erworbene Wille und die unabhängige Kraft, sich den Wünschen des Unternehmers wirksam zu widersetzen.

Es fehlt auch in den Satzungen jeder Anhaltspunkt dafür, daß die Mitglieder einen Einfluß auf die Durchführung und die Leitung eines Streiks hätten, sie haben auch keinen Anspruch auf Streik- oder Maßregelungsunterstützung. Da es der Unternehmer wiederum auch noch in der Hand hat, durch Einstellung und Entlassung die Zusammenlegung „seiner“ Wertvereins zu bestimmen, da ja bei einem Ausscheiden aus dem Betrieb die Mitgliedschaft aufgehört, können solche Organisationen nicht als den Gewerkschaften gleichzusetzende, tariffähige wirtschaftliche Vereinigungen angesehen werden.

## Die Wohlfahrtsarbeitslosen in Preußen

Die Auswirkungen der Notverordnung.

Nach der Erhebung des Preussischen Landesamts vom 29. Februar 1932 sind in Preußen 1329 384 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtsarbeitslose (einschließlich der am Stichtag noch schwebenden Anerkennungsfälle) bei den Bezirksfürsorgeverbänden gezählt worden, gegenüber 1240 305 Ende Januar. Somit ergibt sich auch im Februar wieder eine Zunahme um 89 079 Wohlfahrtsarbeitslose oder 7,2 Proz., doch hat die Steigerung im Vergleich zum Januar (105 110) und Dezember (115 732) bereits nachgelassen, immerhin beläuft sie sich auf das Zweieinhalbfache des Zuwachses im Vergleichsmonat des Vorjahres (34 857). Gegen den 28. Februar 1931 ist die Wohlfahrtsarbeitslosenzahl um 648 182 oder 95,2 Proz. gestiegen. Auf 1000 Einwohner entfallen im Staatsdurchschnitt jetzt 34,8 Wohlfahrtsarbeitslose, 47 161 Wohlfahrtsarbeitslose haben in Fürsorge- oder Notstandarbeit gestanden.

Die außerordentlich starke Zunahme der Wohlfahrtsarbeitslosen ist hauptsächlich eine Folge der Notverordnungen. Im steigenden Maße fallen nicht nur die Ausgesteuerten, sondern auch die Arbeitslosen der Wohlfahrtspflege zur Last, die infolge der schärferen Abgrenzung der Unterstützungsberberechtigung aus der Arbeitslosenunterstützung ausgeschaltet werden. Hinzukommen natürlich die Wirkungen der Dauerarbeitslosigkeit.

## Freigewerkschaftlicher Erfolg.

Mehrheit im Betriebsrat der Karstadt-Zentrale.

Bei der Betriebsratswahl in der Karstadt-Zentrale erhielten gestern:

Angestellte: Liste 1, ZDA, 230 Stimmen — 3 Mitglieder zum Betriebsrat, 4 Mitglieder zum Angestelltenrat. Liste 2, ODA, 194 Stimmen — je 3 Mitglieder zum Betriebs- und Angestelltenrat. Liste 3, DVA, 191 Stimmen — 2 Mitglieder zum Betriebsrat, 3 zum Angestelltenrat.

Arbeiter: Liste 1, Freie Gewerkschaften, 276 Stimmen — 3 Mitglieder zum Betriebsrat, 6 zum Arbeiterrat. Liste 2, Christen, 50 Stimmen — kein Mitglied zum Betriebsrat, 1 zum Arbeiterrat.

Der Betriebsrat setzt sich zusammen aus 6 Freigewerkschaftlern und 5 Vertretern bürgerlicher Verbände. Das Ergebnis bei den Angestellten ist um so beachtlicher, weil der ZDA seine Mitglieder aufgefordert hat, die Liste des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes zu wählen. Bemerkenswert ist noch, daß die ODA, die den Mund nicht voll genug nehmen kann, nicht einmal eine eigene Kandidatenliste zustande brachte.

## Die Arbeitslosigkeit in Belgien.

In Belgien bedroht das Anwachsen der Arbeitslosigkeit den Arbeitslosenstand. Zur Zeit zählt Belgien 153 000 Vollarbeitslose und 169 000 Kurzarbeiter. Der Höhepunkt der Krise ist nach der Auffassung der Regierung noch nicht erreicht. Für die Arbeitslosen sind im Jahre 1932 nur 350 Millionen Franken vorgesehen. Notwendig wäre aber eine Milliarde. Die Regierung will daher jetzt die Arbeitslosenunterstützung, vor allem die staatliche Erwerbslosenfürsorge, für die verheirateten Frauen, abbauen. Diese sollen nur noch für 60 Tage Unterstützung von ihren Organisationen und für 30 Tage Krisenunterstützung erhalten.

WDDA-Untersuchung Spanien. Die Gewerkschaftslogen treffen sich morgen, Sonntag, nachmittags 9 Uhr, mit den GDD-Genossen am Friedhof, zur Angelegenheitslegung an den Gräbern der Kapp-Putsch-Opfer.

## Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Beute haben folgende Veranstaltungen statt: Flaggenzug Jugendheim Ringelstraße 68. Uebungsabend.

## Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Unter Sängerkreis abt heute von 20 bis 22 Uhr im Jugendheim, Eulster Str. 4.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Freiwirtschaft: Dr. Jahn; Schilffeld; Politik und Sozialpolitik: Fritz Rappelt; Angelegenheiten: E. Stöcker; Familie in Berlin; Verlag: Sozialistische Jugend G. m. b. H. Berlin; Druck: Sozialistische Jugendzeitung und -Verlagsanstalt; Paul Singer & Co., Berlin SW 68; Lindenstraße 2; direkt 2 Verlagen.

Niemand ist sicher. Nehmt Danflavin Pastillen vor Ansteckung und Erkältung.

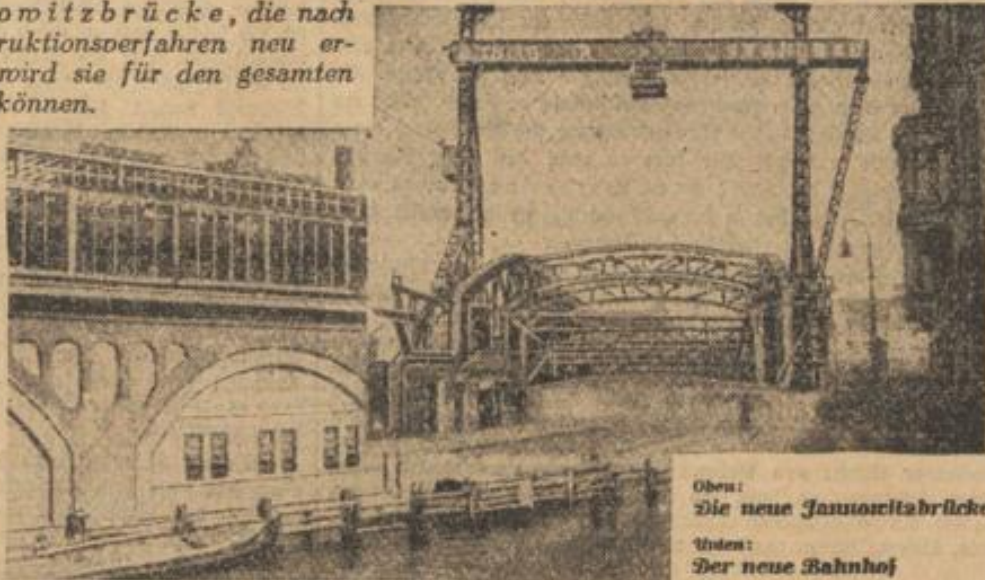


# Neue Brücke - neuer Bahnhof

So sieht die neue Jannowitzbrücke, die nach dem modernsten Eisenkonstruktionsverfahren neu erstanden ist, jetzt aus. Bald wird sie für den gesamten Verkehr freigegeben werden können.



Auch der alte Stadtbahnhof Jannowitzbrücke, der sich für den starken Berufsverkehr als völlig unzulänglich erwiesen hatte, ist ganz neu erstanden. Unser Bild zeigt die Außenseite der glasüberdachten Halle, die in diesen Tagen fertiggestellt wird.



Oben: Die neue Jannowitzbrücke  
Unten: Der neue Bahnhof

# Bluttat im Norden Berlins.

### Eifersuchtsdrama in der Naugarder Straße.

Ein blutiger Streit, der mit dem Tode des einen der Beteiligten endete, spielte sich in den gestrigen Nachmittagsstunden im Hause Naugarder Straße 44 im Norden Berlins ab. Dort erschoss der 41 Jahre alte Bücherrevisor Alfred Colles den Inhaber der Wohnung, den 44 Jahre alten Reichsbahnbeamten Alfred Hartig. Der Täter alarmierte dann selbst das Ueberfallkommando und stellte sich den Beamten. Der Streit ist um die Ehefrau des Bankbeamten entstanden. Zur Aufklärung des blutigen Vorfalls wurde Kriminalkommissar Quoh von der Morbidinspektion an den Tatort beordert.

Der Bücherrevisor wohnte bereits seit sechs Jahren bei den Eheleuten Hartig. Revisorer ist Obergewerlehrling bei der Reichsbahn und zur Zeit in Urlaub. Frau Hartig ist seit geraumer Zeit schwer erkrankt und bettlägerig. Die Ehe der beiden Leute war nicht glücklich, sie hatten häufig Streit und Frau H. suchte des öfteren bei dem Untermieter Schutz. Dadurch entstand zwischen den beiden Männern ein gespanntes Verhältnis. Gestern mittag - der Bücherrevisor saß gerade an seinem Schreibtisch und arbeitete - trat Hartig in sein Zimmer und brach einen Streit vom Saune. Nach der Darstellung des Revisors habe Hartig dabei nach einem Stuhl gegriffen und sei auf ihn eingedrungen. Dieses zog sich eine kleine Pistole, Kaliber 8,35, und gab auf Hartig zwei Schüsse ab, die diesen in die Brust trafen. Hartig taumelte jetzt aus dem Zimmer hinaus und stürzte auf den Treppenhof, wo er zusammenbrach und verstarb. Der Bücherrevisor schritt jetzt selbst ans Telefon und alarmierte das Ueberfallkommando.

### Tödlicher Unfall eines Radfahrers.

Auf der Charlottenburger Chaussee unweit der Großen Querallee ereignete sich in den gestrigen Abendstunden ein schwerer Verkehrsunfall. Kurz vor 20 Uhr wurde ein etwa 19 Jahre alter, bisher noch unbekannter Radfahrer beim Überholen von einer Autodroschke angefahren. Der junge Mann kam zu Fall und stürzte auf die Straßenbahnspur. Unglücklicherweise kam in diesem Augenblick ein Straßenbahnwagen der Linie 75 heran, und der Verunglückte geriet mit dem Kopf unter den Schupprahmen. Er erlitt dabei so schwere Schädelverletzungen, daß er kurze Zeit

nach seiner Aufnahme in der Charité verstarb. Die Leiche wurde beklagend ins Schauhaus gebracht.

### Der Aetna in starker Tätigkeit.

Rom, 18. März.

Der Hauptkrater des Aetna ist wieder einmal in starker Tätigkeit. Der Rand eines der Auswurfkegel hat sich etwa um drei Meter gehoben. Der Leiter des Aetna-Observatoriums ist der Ansicht, daß es sich nur um eine Wiederholung der Tätigkeit des Aetna vom letzten Herbst handelt. Er hofft, daß der Vulkan sich darauf beschränken wird, die glühende Lava bis zum Hals emporzudrücken und dann wieder abzuklingen.

### Auto stürzt in den Fluß.

Paris, 18. März. (Eigenbericht.)

In der Nähe von Bourdeaux ist am Freitag früh ein mit sechs Personen besetztes Automobil durch ein Versehen bei der Steuerung in die Gironde gestürzt. Fünf Insassen des Wagens sind ertrunken, der sechste konnte sich im letzten Augenblick durch Absprung retten. Das Automobil wurde mit den fünf Leichen einige Stunden später geborgen.

### Bluttat auf einem Arbeitsamt.

Dresden, 18. März.

Ein aufregender Vorfall ereignete sich kurz nach 8 Uhr im Arbeitsamt auf der Maternistraße. Aus bisher noch unbekanntem Grund gab ein 45 Jahre alter Arbeiter aus Dresden auf eine im Mittelbau des Arbeitsamts stehende 34jährige Frau aus einem Trommelrevolver zwei Schüsse ab; er richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Beide Personen wurden schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht. Die Ermittlungen der Kriminalpolizei über die Gründe zur Tat sind im Gange.

Das Fest der weltlichen Schulen Neuföllas findet nicht, wie verhehentlich angezeigt, am 21., sondern am Dienstag, dem 22. März 1932, in der „Neuen Welt“, Hofenheide, statt. - Anfang 20 Uhr.

### Ab heute Möbelschau.

Die große Ausstellung in allen Funkturmhallen. - Sonderchau „Die billige Wohnung“.

Am heutigen Sonnabendvormittag wird in den Funkturmhallen die zweite „Möb.- und Einrichtungsschau Berlin 1932“ eröffnet. Die Ausstellung bleibt bis zum 3. April geöffnet. In ihrem Mittelpunkt steht die Sonderchau „Die billige Wohnung“. Bei der heutigen Eröffnungsjeler wird Stadtrat Genosse Czernuski als Vorsitzender des Ausschusses der Gemeinnützigen Berliner Ausstellungs-, Messe- und Fremdenverkehrs-Ges. m. b. H. auf die große Bedeutung der diesjährigen Möbelschau hinweisen.

Die Ausstellung, die 20000 Quadratmeter in den Funkturmhallen in Anspruch nimmt, steht jetzt fertig da. In der Halle III sind die drei Gruppen von Einrichtungen aufgebaut, die das Ergebnis des Preiswettbewerbs „Die billige Wohnung“ zeigen, und zwar Einzimmerwohnungen von 475 bis 525 M., 1 1/2-Zimmerwohnungen von 750 bis 800 M. und Zweizimmerwohnungen zwischen 1000 und 1150 M. Jeder Besucher, der sich an der Abstimmung über die besten Entwürfe beteiligt, hat die Möglichkeit, durch Los eine dieser preisgekrönten Wohnungen zu gewinnen. Die folgenden Hallen zeigen die große allgemeine Möbelschau, in der vielfach, entsprechend den heutigen Wohnungsverhältnissen, Kombinationszimmer und Kombinationsmöbel gezeigt werden. Eine Halle ist der Ausstellung der Deutschen Kunstgemeinschaft „Das Bild im Raum“ gewidmet, in der erste Meister mit neuen Bildern vertreten sind.

### Wallfahrt zum Ehrenfriedhof.

Nach gestern nachmittag war der Ehrenfriedhof der Gefallenen vom März 1848 das Ziel zahlreicher Berliner Republikaner.

Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Beamte, die aus den Betrieben kamen, veräußerten es nicht, den Opfern der Revolution ihre Ehrerbietung zu erweisen. Besonders auffallend war der starke Besuch des Ehrenfriedhofes durch uniformierte Beamte der Berliner Schuppolizei und unserer Feuerwehr. Der Geist der Freiheit, die dankbare Erinnerung an den Heldennut der Streiter auf den Barricaden von 1848 und die feste Ueberzeugung, daß gerade auch für den Beamten Republik und demokratische Gleichberechtigung unendlich viel bedeuten, sind in der Berliner Beamtenschaft stark und lebendig. Die Arbeiterkassen hat es schon immer als eine Ehrenpflicht angesehen, am 18. März die unter dem Zeichen von Schwarzrotgold Gefallenen mit Achtung und Dank zu grüßen. Sie hat es auch in diesem Jahre getan, in dem sie selbst in einem schweren und harten Kampfe gegen den Faschismus steht.

Von den zahlreichen Kranzpenden seien noch nachzutragen die Kranze der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten des Karlsruher Stadt R.-G., Hermannsplatz, der Wachbeamten im Einheitsverband, des Arbeiterrathesbundes und der Belegschaft von Schultheiß-Bogenhofer, Stromstraße.

### Verlegung der Elternbeiratswahlen.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, verlängert der Unterrichtsminister mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen für die Reichspräsidentenschaft und für den Landtag die für die Elternbeiratswahlen festgesetzte Wahlfrist bis zum 26. Juni d. J. Der Minister ersucht, den Wahltermin so anzusehen, daß die Vorbereitung der Elternbeiratswahlen nicht mit den Vorbereitungen für die übrigen Wahlen zusammenstößt.

Goethe-Ausstellung des Volksbildungsamtes Charlottenburg. Anlässlich der Wiederkehr des 100. Todestages Goethes veranstaltet das Volksbildungsamt Charlottenburg in der Zeit vom 22. bis 25. März 1932 in der Kunstgewerbeschule West, Charlottenburg, Colanderstr. 1, eine Ausstellung „Goethe und seine Zeit“. Es werden gezeigt das Buch von und über Goethe sowie eine Sammlung zeitgenössischer Stiche aus dem Goethekreis. Die Ausstellung ist täglich von 12 bis 19 Uhr geöffnet. Der Eintritt ist frei.

Die Ordner für proletarische Feiertunden treffen sich morgen, Sonntag, den 20. März früh (pünktlich!), in der Volkshalle zum Dienst bei den Jugendweihen.

# Im Tabak liegt der Wert einer Cigarette!

Nicht in irgendeiner beliebigen Zugabe!

Die knappe mit Bruchteilen eines Pfennigs rechnende Kalkulation der JUNO erlaubt keinerlei Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine oder Stickerien, es müßte denn eine Minderung der Qualität erfolgen.

Joseffi lehnt eine Änderung der anerkannt guten Tabakmischung ihrer

# JUNO



6 STÜCK 20<sup>3</sup>

ab und bietet nach wie vor den vollen ungeschmälerten Tabakwert, also das, was Sie an ihr seit langen Jahren schätzen.



## Man duzte sich schnell.

Mag Sklarek und seine „Soldaten“.

Im weiteren Verlauf des Sklarek-Prozesses kam es gestern nachmittags zu einer heftigen Konfrontation zwischen dem Verteidiger Hoffmann, Rechtsanwalt Dr. Walter Bahn, und dem Vorsitzenden, die ein scharfes Wortgeplänkel auslöste und schließlich zu einer Unterbrechung der Sitzung führte.

Obermagistratsrat Brandes befragte auf weitere Fragen des Vorsitzenden, er habe den Eindruck gehabt, als ob Obermagistratsrat Clemens sich einmal bei den Prüfungen irgendwie einmischen wollte, und zwar habe er das aus der Darstellung eines seiner Unterbeamten namens Krahl entnommen. Obermagistratsrat Dr. Clemens, der Dezentrat bei der Kammerverwaltung war, wurde dann über diesen Punkt selbst vernommen. Er gab zu, bei einer Gesellschaft bei Stadtdirektor Hoffmann mit Leo Sklarek bekanntgeworden zu sein und sich schon nach einer Stunde gedrückt zu haben. Leo Sklarek erklärte hierzu, er hätte die Freundschaft mit Clemens auf Veranlassung seines Bruders Mag geknüpft, der gesagt habe: „Ich brauche den Clemens für den Kredit wie ein Feldherr seine Soldaten.“ Clemens bestritt eine Einmischung in die Prüfungen und betonte, die Direktoren Schmitt und Hoffmann hätten ihm gesagt, daß Obermagistratsrat Brandes das Konto Sklarek geprüft und in Ordnung befunden habe. Als Rechtsanwalt Bahn dem Zeugen Dr. Brandes die Frage vorlegte, ob Hoffmann bei einer dieser Unterredungen dabei gewesen sei, kam es zur dem Zusammenstoß zwischen ihm und dem Vorsitzenden. Anwesender Richter Kestner meinte nämlich, daß die sehr eindringlichen Fragen des Verteidigers nicht zur Erforschung der Wahrheit dienten. — Rechtsanwalt Bahn: Dagegen muß ich protestieren, soll das heißen, daß ich nicht der Wahrheit dienen will? — Vors.: Das habe ich nicht gesagt, ich habe nur gesagt, daß die Art der Befragung nicht der Wahrheit dient, und diesen Vorwurf halte ich für unrichtig. — Rechtsanwalt Bahn: Im Interesse des Anwaltsstandes muß ich dagegen protestieren. — Vors.: Sie haben Ihre Interessen den höheren Interessen unterzuordnen. — Rechtsanwalt Bahn: Ich lasse mir das nicht gefallen! Dazu haben Sie kein Recht! — Vors. (scharf): Welche Rechte ich habe, weiß ich alleine! Als Rechtsanwalt Bahn dann weiter protestierte, ergriff sich der Vorsitzende und sagte: „Ich unterbreche die Sitzung mit Rücksicht auf den Zustand und die persönlichen Verhältnisse von Rechtsanwalt Bahn. Ich halte es für besser, wenn die Diskussion abgebrochen wird.“

Die Sitzung wurde dann auf kurze Zeit zur Beruhigung der Gemüter ausgesetzt, und ging dann, ohne daß man wieder den Zwischenfall erwähnte, in ruhigen Formen weiter. Zu Montag, dem 21. März, dem 75. Verhandlungstag des Sklarek-Prozesses, wird Obermagistratsrat Dr. Brandes sowie der Direktor der BVO, Brokat, als Zeuge geladen, so daß wieder ein großer Tag bevorsteht. Die Vernehmung der „Pythia“ der Sklareks, der Frau Seidler, ist für den 24. März vorgehen.

## Berliner Tourist vermisst.

Mit seinem Führer im Jungfrau-Gebiet verschollen.

Basel, 18. März.

Ein Berliner Tourist sowie der ihn begleitende Tiroler Führer sind bei dem Versuch einer Besteigung des Rönch anscheinend verunglückt. Die beiden Bergsteiger hatten den Aufstieg am Freitag vom Jungfrau-Joch aus begonnen und waren bis zum Abend noch nicht nach dort zurückgekehrt. Die Wächter vom Jungfrau-Joch begaben sich auf die Suche nach den beiden, die sie auch beim Einflug des Rönch und später am Grat sahen. Da sie jedoch dann die Spur verloren, verständigten sie die Rettungskolonnen von Grindelwald, die heute früh zur Suche nach den Vermissten abgegangen ist.

## Neue Verkehrskarte der BVO.

In diesen Tagen ist eine Neuausgabe der bekannten Verkehrskarte der BVO erschienen. Die Ausstattung der Karte ist gegen früher unverändert. Sie enthält also das Viniennetz der Straßenbahn, des Omnibusses und der U-Bahn. Außerdem ist der Karte wieder ein Beleg mit einem Straßenverzeichnis und den Fahrplänen der drei Verkehrsmittel beigegeben. Der Verkaufspreis beträgt wie früher 10 Pf. Die Verkehrskarte ist bei den Schaffnern, den Betriebsaufsehern sowie an den Schaltern der U-Bahn erhältlich.

# Sehnsucht nach dem Adelsnamen

## Wie aus Hakenfuß Graf Waldemar Wendt von Paley wurde

Die Ermahnung des Vorsitzenden in einem Gerichtsverfahren, unter dem Eid die Wahrheit zu sagen, da auf Weineid Zuchthaus stehe, schließt in der Regel mit den Worten: Der Eid bezieht sich auch auf die Personallisten. Also selbst ein falsch berechnetes Geburtsjahr, ein falsch angegebener Vorname hätte eine Anklage wegen fahrlässigen Falschheidens zur Folge. Es müssen aber schon ganz schwerwiegende Gründe vorliegen, wenn ein Zeuge durch bewusste falsche Namensnennung sich der Gefahr einer Zuchthausstrafe aussetzt. Wie kam es nun, daß dem Renteur Werner Hakenfuß der Name Graf Waldemar Wendt von Paley so gut gefiel, daß er sich nicht von ihm trennen wollte, selbst auf die Gefahr hin, ins Zuchthaus zu kommen?

Hakenfuß war, gleich vielen seiner Altersgenossen, als 17-jähriger freiwillig in den Heeresdienst getreten, konnte sich nach Kriegsende vom Soldatenhandwerk nicht trennen; er übte sich darin in verschiedenen Freikorps weiter aus, wurde angeblich im polnischen Grenzschutz zum „Leutnant“ ernannt, hatte verschiedene Stellenungen in der Landwirtschaft, war zeitweise arbeitslos und beging kleine Straftaten. Im Jahre 1928 trat in seinem Leben eine Wendung ein: Seit dieser Zeit war er nicht mehr Hakenfuß, sondern Graf Waldemar Wendt von Paley. Der Spionageabwehrdienst gegen Polen, behauptet er, habe ihn mit einem Paß auf den Namen des im Kriege gefallenen Leutnants Wendt von Paley versehen. Unter diesem Namen wurde er von den Polen verhaftet und unter

der Bedingung, daß er nun für sie arbeite, auf freien Fuß gesetzt; seitdem glaubte er sich berechtigt, diesen Namen zu führen. Er stellte sich auf diesen Namen Zeugnisse aus, um ein besseres Fortkommen zu finden, arbeitete als Graf von Paley auf Gütern, ließ sich als solcher auch anlässlich eines Unfalls im Krankenhaus unterbringen und hatte als Wendt von Paley Erfolge bei Frauen. Ob die Geschäfte von seiner Tätigkeit mit der Abwehrspionage auf Wahrheit beruht, konnte nicht festgestellt werden. Jetzt steht, daß ein v. Paley im Kriege nicht umgekommen ist. Hakenfuß fühlte sich aber als Waldemar Wendt von Paley, lebte als solcher angemeldet in Strausberg. So beschwor er als Zeuge in zwei Gerichtsverhandlungen, daß er Waldemar Wendt von Paley sei. Die Folge der falschen Namensnennung vor Gericht waren zwei Anklagen wegen Weineids. Wenn er nur zu acht Monaten Gefängnis bestraft wurde, so hat er dies einerseits dem Sachverständigen Dr. Degenfurth zu verdanken, der ihn als hysterischen Psychopathen schilderte, andererseits dem Umstande, daß das Gericht gegen ihn den § 157 anwenden konnte, da er sich durch Nennung seines richtigen Namens selbst einer strafbaren Handlung bezichtigt hätte: Er war ja unter falschem Namen polizeilich angemeldet.

Werner Hakenfuß wird durch diese Strafe schwerlich von der Sehnsucht nach dem Adelsnamen geheilt werden. Es ist zu befürchten, daß Roabit ihn noch öfters in seinen gastlichen Sälen erblickt.

## Freimilch gesichert.

Die Aktion Berlins für die Kinder Erwerbsloser.

Seit Beginn der großen Arbeitslosigkeit hat die Stadt Berlin erhebliche Mittel bereitgestellt, um die Kinder Erwerbsloser kostenlos mit Milch zu versorgen.

Als Mitte vorigen Jahres die Lage der städtischen Finanzen immer schwieriger wurde, hat sich die Stadt genötigt gesehen, die für die Freimilch zur Verfügung gestellten Mittel erheblich zu kürzen. Das hätte zu einer Verringerung der Milchmenge und zu einer Einengung des Kreises der zu Versorgenden führen müssen. In dieser Notlage hat sich der Milchhandel bereit erklärt, durch verbilligte Abgabe der Milch an die Stadt zu einem Teil die fehlenden Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese sehr dankenswerte Unterstützung hatte er ein halbes Jahr lang durchgeführt.

Am 1. März 1932 durch Festsetzung des Milchpreises durch den Oberpräsidenten die Handelspreise für Milchhandel verringert wurde, wolle der Milchhandel die bisherigen Opfer nicht mehr tragen. Damit war erneut die Gefahr einer Verminderung der Milchmenge und einer Einengung des Versorgungskreises gegeben. Deshalb hat das Hauptgesundheitsamt sofort mit allen in Betracht kommenden Stellen Verhandlungen in die Wege geleitet, mit dem Erfolg, daß nunmehr die Landwirtschaft von sich aus die fehlende Summe bereitgestellt hat. Die Verhandlungen sind nunmehr mit Zustimmung des Oberpräsidenten zum Abschluß gekommen, so daß die Freimilchversorgung der Kinder der Erwerbslosen für die Zukunft gesichert ist.

## Preis-Kommissar und Hebammen.

Auf Grund von Beschwerden der Bevölkerung über die Höhe der Gebühren für die private Tätigkeit der Hebammen ist der Preis-Kommissar für Preisüberwachung in Verhandlungen mit den wichtigsten Organisationen der Hebammen eingetreten. Die Verhandlungen haben zu folgender Vereinbarung geführt: Die Hebammen werden bei Bemessungsberechnungen die infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse verminderte Kaufkraft der Bevölkerung weitest gehend berücksichtigen. — Beabsichtigt eine Hebamme, ausnahmsweise die Höchstsätze der amtlichen Gebührenordnung im Hinblick auf gute wirtschaftliche Verhältnisse der Wöchnerin zu überschreiten, so hat sie vor Aufnahme ihrer Tätigkeit mit

der Schwangeren oder Wöchnerin, soweit es deren Zustand erlaubt, die anderweitige Festsetzung der Gebühren ausdrücklich zu vereinbaren.

## Der Mann, der eine Mark raubte.

Ein Unschuldiger und ein Geständiger.

Ein nicht alltäglicher Justizfall stand heute morgen zur Verhandlung beim Schöffengericht Schöneberg. Ein Raub, der mehr als fünf Jahre zurückliegt, fand seine Erledigung. In derselben Sache hatte das Gericht bereits einmal im Dezember 1927 einen Furgahändler freigesprochen. Obgleich der Angeklagte sein Alibi nicht nachweisen konnte und die in ihrer Laube in Lichterode überfallene 19-jährige Frau die roten Hände des Furgahändlers als die des Räubers erkannt haben wollte.

In Wirklichkeit war der Täter ein anderer. Im März vorigen Jahres verübte der 30-jährige Bauarbeiter S., bereits einige Male wegen geringer Verbrechen vorbestraft, im Gerichtsgefängnis Alsterfelde eine Strafe von 6 Monaten. Von Mitgefangenen hörte er, daß ein Furgahändler S. wegen des Raubüberfalls vor Gericht gestanden habe. Und nun geschah das Seltsame. S. ging hin und erstattete Meldung, daß er selbst der Täter gewesen sei. Zur Zeit der Tat, im Dezember 1926, hatte er seine Arbeit verloren und verdient sich einige Mark, indem er auf dem Laubengelände Lichterode alten Frauen in ihrem Garten half. So lernte er die später überfallene Frau Schmidt kennen, er wußte auch, daß sie eine monatliche Unterstützung erhielt. Am 18. Dezember, abends gegen 10 Uhr, begab er sich zu ihrer Laube, sein Gesicht hatte er mit einer schwarzen Binde unkenntlich gemacht. Unter der Vorpiegelung, er sei der Kette der alten Frau, erhielt er Einlaß und forderte die Herausgabe des Geldes. Die alte Frau gab ihm ihren Beutel, es befand sich darin nicht mehr als 1 Mark. Die Ueberfallene lenkte den Verdacht auf den Furgahändler. Der Mann wurde verhaftet, sah viele Monate in Untersuchungshaft und wurde mit knapper Not freigesprochen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen schwerer räuberischer Erpressung zu drei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. Der Angeklagte hätte sich wohl nicht selbst gestellt wegen einer Tat, die fünf Jahre zurückliegt, wenn er nicht geglaubt hätte, der andere sei zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Der Furgahändler hat jetzt Anspruch auf Entschädigung wegen ungeschuldig erlittener Untersuchungshaft.



Aus dem Russischen übertragen von Werner Bergengruen.

Wenn ich mich irgendwie auf einer Bank oder Pritsche eingerichtet hatte, so suchte ich möglichst lange völlig regungslos dazuliegen, aber die harte Unterlage zwang mich dennoch, meine Körperstellung zu wechseln, und das brachte mir jedesmal viele Minuten schneidender, reizender Schmerzen ein. Auf den großen Stationen hat ich die Colorotermischen, mir möglichst viel Binden und Salbe zu besorgen, aber jedesmal bekam ich nur eine einzige Binde.

Die „Politischen“, die mir damals im Gefängnis von Samara die Nahrungsmittel und den Zettel geschickt hatten, fuhren immer noch mit uns, befanden sich aber in einem isolierten Abteil des Waggons. Sie hatten von meiner Krankheit gehört und versuchten mich in jeder Weise zu helfen; ich war aber völlig appetitlos, und Wäsche konnten sie mir nicht geben, da sie ja in kostlicher Wäsche und Kleidung steckten.

Erst im Dmster Gefängnis wurde ich nach beharrlichem Bitten und Drängen ins Krankenhaus gebracht. Ich entliehete mich. Der Sanitätsunteroffizier hatte kaum einen Blick auf mich geworfen, als er sich auch schon zu einem seiner Kameraden umwandte und abgehaßt sagte:

„Wes!“

Diese ebenso erschöpfende wie kategorische Diagnose brachte mich in Harnisch. Ich fuhr auf:

„Hören Sie, Herr Sanitätsunteroffizier, soviel ich weiß, riskieren es nicht einmal die erfahrensten Spezialisten, ohne eine eingehende Untersuchung eine solche Diagnose zu stellen! Ich habe keine Wes, sondern Furunkulose. Geben Sie mir möglichst viel Salbe und Binden, weiter brauche ich nichts von Ihnen!“

Der Sanitätsunteroffizier war natürlich wütend. „Wilst du mich vielleicht beschern? Ich weiß selbst, was los ist! Hast wohl Größenwahn, du mit deiner Bildung?“

Immerhin hatte ich jetzt Salbe und Binden und verband mir zunächst, mehr oder weniger geschickt, die Beine. Die Krankheit ging deswegen natürlich nicht im geringsten zurück. Dennoch hatte ich es in den nächsten Tagen etwas leichter.

In Tscheljabinsk mußte ich mich von Burstein trennen. Er hatte sich eng an mich angeschlossen; jetzt beim Abschied sagte er unter Tränen, ich sei für ihn etwas wie ein leiblicher Bruder geworden und er werde mich nie vergessen. Er gab mir seine Adresse und bat mich, dein Seinen zu schreiben und ihnen von ihm und seinem Geschick Nachricht zu geben. Vor der Zukunft fürchtete er sich, aber er verharrte in seiner Unterstützung und brachte wenig Blaues an solche Trostworte auf. Als ich sagte, sein Fall böte doch keinerlei Handhabe zu einer sehr langen Freiheitsstrafe, da entwortete er: „Reinetwegen. Aber Sie wissen doch selbst: ein gebranntes Kind deckt den Brunnen.“

Der Zigeuner und Sitorfl blieben in Samara zurück. Von den alten Bekannten fuhr nur der Mann ohne Gedächtnis mit mir weiter, nach Sibirien hinein.

In Dmst sah er neben mir, als ich krank auf der Pritsche lag. Während er eine Zigarette nach der anderen drehte, erzählte er mir von einem furchtbaren Drama, gleichsam als wäre er dessen Zeuge gewesen. Aus der ganzen Art seines Berichts, aus dem Ton, in dem er sprach, aus allerhand schwer zu bezeichnenden winzigen Nuancen ersah ich, daß der Mann ohne Gedächtnis von sich selber sprach, daß er eine tragische Episode aus seinem eigenen wilden und stürmischen Leben wieder heraufbeschwor.

„Da hatte ich einmal einen Freund. Er war längst freigelassen, hatte sein Haus, handelte mit Vieh. Er fuhr auf die Dörfer, kaufte Vieh auf, verkaufte es in der Stadt weiter. Aber wenn er in die Stadt kam und hatte sein Geld bekommen, dann legte er los! Dann wurde gebummelt, eine Woche, zwei Wochen! Dann mußte Gesellschaft her, alle hielt er frei, konnten fressen und saufen, was sie wollten — hols der Teufel, ums Geld darf es einem nie leid tun! Und hinter den Frauen war er her! Die mußten in Scharen herankommen, die Weiber tanzten. Und er selbst konnte tanzen. Teufel ach! Die Sibirier tanzen alle gut, besonders die Hocker.“

Also er bummelt, zecht, schmeißt mit Geld um sich, und dann wieder nach Hause ins Dorf, und dann wieder herumgefahren nach Vieh. Aber da kam eine böse Geschichte.“

Der Mann ohne Gedächtnis sog den Rauch tief ein und staubte ein paar Tabakreste von seinem Kettel.

„Da war ein Frauenzimmer, nach der letzte er sich alle zehn Finger. An der hing er so, daß er von ihr nicht loskonnte. Sie war verdammte hübsch. Stramm, schön, gut gewachsen. Blaue Augen, blonde Haare, sie stammte von Donskafan ab. Aber sie luderte immer herum. Er hat mit ihr oft auch herumgeludert, aber sie hielt es auch mit anderen. Also kurz, sie lebte davon. Sie tat es für Geld.“

Es war wieder so eine wilde Bummelzeit gewesen, der Kerl fährt weg, hat aber so eine unruhige Seele. Es zieht ihn immer zurück, Gruscha steht ihm immer vor Augen, er kann sie nicht vergessen. Dann fällt ihm plötzlich ein, daß sie jetzt vielleicht mit anderen amüßter, da kriegt er das Rothen vor! Bäh! Bäh! allen seinen Kram im Gesicht, fährt zurück zur Stadt. Gruscha, also die wollte ja nichts als ihr Vergnügen haben, herumludern und tanzen und möglichst viel Geld zumamentragen.

Der Kerl läßt sich das alles durch den Kopf gehen, das Herz dreht sich ihm um, schließlich sagt er: „Komm zu mir, Gruscha, fahr mit. Sollst meine Hausfrau sein! Ein wohlhabendes Dorf, anständiger Nachbarn, ein neues Haus, alles ist da. Sollst es gut haben bei mir, behaglich! Was hast du denn hier für ein Leben? Gehst vor die Hunde und weicht selbst nicht wofür.“

Zuerst will Gruscha nicht heran, schließlich gibt sie nach, fährt mit zu ihm, sie lassen sich trauen, leben zusammen. Na, das ist ja klar, was so die Wirtschaft angeht, darum hat sie sich den Teufel gekümmert. Obwohl sie selbst unter Bauern geboren und groß geworden ist, aber tun will sie nichts. Eben eine Dame, da kann man nichts machen. Den ganzen Tag probiert sie Kleider vor dem Spiegel, legt sich Tücher um die Schultern und wieder heran an den Spiegel.

Aber der Kerl sagt keinen Ton. Daß sie, denkt er, soll sie es ruhig ein bisschen gut haben, soll sie sich schön machen. Die Wirtschaft geht ja auch so, das Haus ist voll von Knechten und Mägden. Er liebt sie eben so sehr, kann nicht genug bekommen von ihr.

(Fortsetzung folgt.)











# Reicht unsere Getreidedecke?

## Klarheit über die Getreideversorgung. — Gefährliche Schönfärberei.

Als Unterlagen für die staatlichen Maßnahmen auf dem Gebiet der Getreidewirtschaft diente bisher ausschließlich die Statistik des Deutschen Landwirtschaftsrats über die sich in den Händen der Landwirtschaft befindenden Vorräte. Nicht erfasst wurden bisher die Vorräte der sogenannten zweiten Hand, d. h. die Vorräte in den Mühlen und Lagerhäusern. Diese für die Agrarpolitik peinliche Lücke ist durch neue Erhebungen, die vom Statistischen Reichsamt und nicht, wie die Vorraterhebungen bei der Landwirtschaft, von einer Interessentenorganisation durchgeführt werden, jetzt geschlossen. Die ersten Ergebnisse zeigen — sie werden monatlich fortgesetzt —, daß in den Lagerhäusern und Mühlen etwas mehr Vorräte lagern, als man angenommen hat, wenn auch die Richtigkeit dieser erstmaligen Statistik keine absolute ist. Im einzelnen waren vorhanden:

	Inländischer Vorrat (in 1000 t)	ausländischer Vorrat (in 1000 t)
Weizen . . . . .	437	104
Roggen . . . . .	199	159
Hafer . . . . .	129	1
Gerste . . . . .	128	51
Weizenbrotmehl . . . . .	140	8
Roggenbrotmehl . . . . .	59	2

Bedauerlich ist es aber, wenn zu diesen Ergebnissen das Reichsernährungsministerium Ausführungen verbreitet, durch die der Eindruck erweckt werden soll, als ob auf Grund der Vorratsstatistik erwiesen sei, daß die Versorgung mit Brotgetreide bis zur neuen Ernte aus den vorhandenen Vorräten sichergestellt sei. Die genaue Auslegung der Statistik ist aber wichtig, weil auf Grund der Ergebnisse die künftige Handhabung der Weizenvermahlung und der Weizenzölle erfolgen soll. Jede einseitige Schönfärberei des Reichsernährungsministeriums ist deshalb gefährlich.

Falsch ist es zunächst, wenn man die Vorräte der Landwirtschaft, die am 15. Februar erhoben wurden, den Mühlenvorräten vom 1. März zeitlich gleichstellt. In der Zeit vom 15. Februar bis 1. März nahmen die Getreidevorräte im vorigen Jahr bei Weizen um 120 000 Tonnen, bei Roggen um 380 000 Tonnen, d. h. um 5 Proz. der Ernte ab. Die Vernachlässigung dieser Vorratsveränderung wird vom Reichsernährungsministerium damit begründet, daß nur 90 Proz. der Mühlen Bericht erstattet hätten und infolgedessen die Vorräte größer seien. Dabei wird aber verschwiegen, daß die fehlenden 10 Proz. der Mühlen nur kleine Be-

triebe sind, deren Lagerraum nur 2 Proz. des vorhandenen Lagerraumes umfaßt. Ferner geht das Reichsernährungsministerium immer von den Gesamtverräten der Landwirtschaft aus, ohne anzugeben, wieviel davon verfüllt oder in anderen Betrieben verwandt wird. Mit derartigen Milchmädchenrechnungen kann man natürlich immer das beweisen, was man gern beweisen möchte.

Schaltet man soweit als möglich alle Fehlerquellen aus, dann gelangt man zu folgendem Ergebnis:

### Brotgetreideversorgungslage am 1. März 1932.

	Weizen in 1000 Tonnen	Roggen in 1000 Tonnen
Bei den Mühlen und Lagerhäusern waren vorhanden (Mehl in Getreide umgerechnet)	750	450
Im Besitz der Deutschen Getreidehandelsgesellschaft, noch im Ausland lagernd	—	260
Bei der Landwirtschaft verkaufsoverfügbar	670	530
<b>Verfügbare Vorräte insgesamt</b>	<b>1 420</b>	<b>1 240</b>
Mühlenbedarf bis zur neuen Ernte	1 650*	1 575†
<b>Demnach besteht ein Einfuhrbedarf von</b>	<b>230</b>	<b>335</b>

\* Mitte August; † Mitte Juli.  
Weder beim Roggen noch beim Weizen decken die vorhandenen verkaufsoverfügbaren Vorräte den Bedarf bis zur neuen Ernte. Wohl kann bei Roggen der Einfuhrbedarf gekürzt werden, aber hierzu ist notwendig, daß eine vernünftige Futtermittelpolitik getrieben wird, d. h. wenn durch eine Verbilligung des Futtermittels die Verfütterung von Roggen unrentabel wird. Damit würden sich die verkaufsoverfügbaren Vorräte bei der Landwirtschaft erhöhen können.

Die Forderung nach weiterer Erleichterung der Futtermittel-einfuhr hat die Sozialdemokratie schon seit langem erhoben. Das Reichsernährungsministerium hat aber bisher unternommen sowohl nach Erweiterung der Verbilligungsaktion für Hühnermais wie auch nach einer Erleichterung der Getreideeinfuhr nicht entsprochen. Die jetzt veröffentlichte Vorratsstatistik zeigt klar, wie richtig unsere Forderungen sind, und wie notwendig es ist, eine Aenderung der Futtermittelpolitik vorzunehmen. Ebenso eindeutig geht aus ihr hervor, daß eine Herabsetzung des Vermahlungszwanges und eine Senkung des Weizenzölles in nächster Zeit erfolgen muß, wenn eine sonst nicht zu umgehende Preissteigerung vermieden werden soll.

# Die Wahrheit über die Preisschere.

## Wie steht es mit der Not der Landwirtschaft?

Daß die Not der Landwirtschaft seit jeher von den landwirtschaftlichen Interessenten übertrieben wird, ist bekannt. Was ist fürlich wieder alles geredet worden über die im nächsten Erntejahr durch Einschränkung des Kunstdüngerverbrauchs drohende Hungersnot! Ellenlange Entschuldigungen sind gefast worden; der Landbund forderte, keinen Dünger einzukaufen, wenn nicht gleichzeitig die Regierung eine Garantie für die nächstjährigen Getreidepreise übernehmen will. Trotz dieses Geschreis haben die Landwirte aber, wenn auch naturgemäß unter dem Druck der niedrigen Preise für Bebauprodukte, in verringertem Maße recht beträchtliche Düngerbefestigungen vorgenommen.

Wie erhält man aber ein zutreffendes Bild von der wirklichen Lage der Landwirtschaft? Ein guter Maßstab für die Entwertung der Dinge ist ein Vergleich der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse mit denen für die Produktionsmittel, welche die Landwirtschaft von der Industrie kaufen muß. Nur darf man hierbei nicht den Gesamtindex für Agrarstoffe dem Gesamtindex für industrielle Fertigwaren gegenüberstellen, wie es vom Landbund und anderen Interessentenvertretungen zu demagogischen Zwecken geschieht. Vielmehr muß man die Einnahmen und Ausgaben einer typischen Getreidewirtschaft und einer typischen Futterbauwirtschaft vergleichen,

um ein Bild von der Lage des Getreidebaus und der veredelnden Bauernwirtschaft zu erhalten. Eine solche Gegenüberstellung der Indizes zeigt folgendes:

	1913 = 100	1930	Januar 1932
<b>Getreidewirtschaft:</b>			
landwirtschaftliche Erzeugnisse . . .	116	103	Preisschere
landwirtschaftliche Betriebsmittel . .	114	100	geschlossen
<b>Futterbauwirtschaft:</b>			
landwirtschaftliche Erzeugnisse . . .	116	86	Preisschere
landwirtschaftliche Betriebsmittel . .	109	96	offen

Die agrarische Preisschere ist also nur bei der Futterbauwirtschaft geöffnet; die vor allem Fleisch, Wollereiprodukte und Eier auf den Markt bringt zungunsten der Landwirtschaft, während die Lage der Getreidewirtschaft sich seit 1930 nicht verschlechtert hat; im Gegenteil, sie hat sich verbessert, da die Löhne, die hier nicht enthalten sind, mindestens 10 bis 15 Proz. unter denen von 1930 liegen. Von einer besonderen Notlage des Getreidebaus allein kann also keine Rede sein.

Dagegen geht es im Verhältnis zum Jahre 1930 der Veredelungswirtschaft jetzt schlecht, was wir auch stets

anerkannt haben. Die Verbesserung ihrer Lage, die durchaus zu wünschen ist, kann in der Jetztzeit aber nicht durch eine Preissteigerung für ihre Erzeugnisse erfolgen, denn jede Preissteigerung muß heute zwangsläufig zu einem Absatzrückgang führen, weil die Kaufkraft der Verbraucher so niedrig ist, daß jede Preissteigerung mit einem Konsumrückgang beantwortet wird.

Also muß ein anderer Weg eingeschlagen werden, um der Veredelungswirtschaft zu helfen. Dieser Weg kann nur, wie die Sozialdemokratie es schon lange fordert, in einer Senkung ihrer Produktionskosten bestehen, d. h. in einer Erleichterung der Futtermittel-einfuhr. Eine dauernde Besserung aber bleibt von der Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen der Bevölkerung abhängig.

# Das Reich in der Bauwirtschaft.

## Deutsche Bau- und Bodenbank krisenfest.

Die Deutsche Bau- und Bodenbank, deren Kapital von 34,3 Millionen fast ganz im Besitze des Reiches ist, legt jetzt für das Krisenjahr 1931 einen Abschluß vor, der dank der vorausschauenden Politik der Verwaltung eine kräftige Widerstandsfähigkeit gegenüber den Einwirkungen der Kreditkrise aufweist.

Selbstverständlich hat der Zusammenbruch des privaten Bankwesens und die besonders starke Depression in der Bauwirtschaft auch die Bilanz der Deutschen Bau- und Bodenbank beeinflusst. So ging der reine Umsatz auf einer Seite des Hauptbuches zum erstenmal seit 1924 wieder zurück, und zwar verringerte er sich von 5,40 auf 4,70 Milliarden Mark. Die Bilanzsumme sank von 248 auf 213 Millionen Mark. In der Gewinnrechnung kommt dieser Rückgang der Geschäftstätigkeit infolge erhöhter Zinsentnahmen aber nicht zum Ausdruck. Bei einem Rohertrag von 6,31 gegen 6,01 Millionen Mark aus Zinsen und Provisionen verbleibt nach Abzug von 2,28 Millionen Mark Unkosten sowie erhöhten Abschreibungen von 0,30 Millionen Mark ein gegenüber dem Vorjahr fast unverändert hoher Reingewinn von 3,72 Millionen. Hieraus wird wieder die höchst zutreffende Dividende von 5 Prozent ausgeschüttet, eine Million wird dem gesetzlichen Reservefonds und eine weitere Million der Rückstellung für schwedende Geschäfte überwiesen. Schon im vergangenen Jahr wurde eine Reserve für Verluste aus schwedenden Geschäften in gleicher Höhe von Gewinn zurückgestellt, und wenn auch diese Reserve für die im letzten Jahr entstandenen Ausfälle nicht in Anspruch genommen zu werden brauchte, so sind doch diese starken Sicherungen bei dem besonders großen Risiko, das die Bauwirtschaft in ihrer jetzigen Lage bietet, durchaus zu billigen.

Eine erfreuliche Leistung war es, daß die Bank auch nach den Ereignissen im Juli 1931 ihre Liquidität voll aufrecht erhalten und der Bauwirtschaft sogar noch die für Lohnzahlungen erforderlichen Barmittel sowie zur Weiterführung von Postenarbeiten notwendigen sowie zur Verfügung stellen konnte. Drohende Stilllegung größerer Bauvorhaben und damit stärkste Erschütterungen des Baugewerbes konnten hierdurch vermieden werden. Dabei hat der Run auf die Banken auch die fremden Gelder, die bei dem Institut angelegt waren, empfindlich verknüpft. Allein an ausländische Gläubiger mußten vom Juli bis Dezember etwa 10 Millionen Mark zurückgezahlt werden. Obwohl es gelang, sogar in diesen stürmischen Zeiten neue Kreditoren zu gewinnen, mußten diese Ereignisse in der Gewährung neuer Kredite doch bremsend wirken. Jedoch gingen die Forderungen aus Krediten — in der Hauptsache werden Zwischenkredite zur Bevoorschaffung erster Hypotheken gegeben — von 179,2 Millionen Mark im April und 166,2 Millionen Ende Juni bis zum Jahresende mit 133,6 Millionen Mark nicht allzu stark zurück.

Die Gläubiger verminderten sich infolge des Banksturms von 162,3 auf 122 Millionen Mark, davon 30,3 Millionen Mark

# Der richtige Weg zur Erlangung schöner weißer Zähne

unter gleichzeitiger Befestigung des höchst gefährdeten Zahndammes ist folgender: Drücken Sie einen Streifen Chlorodont-Zahnpaste auf die trockene Chlorodont-Zahnbürste (Spezialbürste mit gerahmtem Borstenbüschel), lassen Sie Ihr Gebiß nun nach allen Seiten, auch von unten nach oben, sanft mit der erl. legt die Bürste in Wasser und spülen Sie mit Chlorodont-Mundwasser unter Gurgeln gründlich nach. Der Erfolg wird Sie überaus freuen! Der Chlorodont-Zahnelgel ist verformbar und ein herrliches Gefühl der Frische bleibt zurück. Spülen Sie sich vor minderwertigen, billigen Nachahmungen und verlangen Sie ausdrücklich Chlorodont-Zahnpaste. Unter-Vertriebspreise.

# Jetzt kann jeder SALAMANDER tragen

## Es wäre Verschwendung, minderwertige Schuhe zu kaufen, seit Salamander Qualität so billig ist!



HERRENSCHUHE Große Auswahl zu 12<sup>50</sup>  
 DAMENSCHUHE Sonderpreis 9<sup>75</sup>  
 DAMENSCHUHE Hauptpreislage 12<sup>50</sup>  
 KNABEN- und BACKFISCH-SCHUHE 9<sup>75</sup>  
 12<sup>50</sup>

# SALAMANDER



